

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gepaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 19.

Sonnabend, den 11 Mai 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Wesprecht sind: Effen: Marmorbetrieb von Könen u. Komp.
Jena: Granitbetrieb Comradus. Lüneburg: Firma Ehler.
Speier: Sämtliche Werkplätze sind gesperrt. Söllingen:
Firma Kirchenbauer.

Offenburg. Die Kollegen möchten nach hier Bezug fernhalten.
Die Maurer stehen in Lohnbewegung, somit ist auch für uns
die Situation kritisch.

Saugenfalza. Platz Schroeter ist gesperrt. Die Lohn-
bewegung der Postierer ist zugunsten der Kollegen beendet.
Die Arbeitszeit ist 9stündig. Der Stundenlohn beträgt 58 Pfg.

M.-Glabbach. Wegen Streit und Lohnbewegung ist der Bezug
nach M.-Glabbach und Umgegend fernzuhalten.

Stuttgart. Mit den Bauunternehmern und Steinmetzmeistern
wurde in Gemeinschaft mit den Organisationen der Zimmerer
und Maurer ein auf 3 Jahre gültiger Tarifvertrag abge-
schlossen. Für unsere Kollegen beträgt der Stundenlohn
58 bis 65 Pfg.

Wetten (bayerischer Wald). Mit 13 Unternehmern wurde
am 2. Mai unsererseits ein Tarifvertrag abgeschlossen.
An den Verhandlungen, die mit größter Sachlichkeit auf
beiden Seiten geführt wurden, nahm auch unser Gauleiter
teil. (Eingehender Bericht folgt in nächster Nummer.) Die
Verhandlungen mit den Steinmetzmeistern in der Zahlstelle
Ebenkitten waren auf den 10. Mai angelegt. Hoffentlich
konnte auch dort ein Tarifvertrag abgeschlossen werden.

Strehlen, Ströbel, Gnallan und Umgebung. Am 6. Mai
sind über 600 Kollegen der Pflastersteinbranche in den Streik
getreten. Die Firmen Schall, Eckhard usw. weigerten sich,
unsern Zentralvorstand an den Unterhandlungen teilnehmen
zu lassen. Die Unternehmer verlangten bedingungslose Zu-
rücknahme der Kündigung. Auf diesen Wunsch konnte sich die
Verbandsleitung natürlich nicht einlassen; denn die Firmen-
inhaber boten nach ihrem bisherigen Auftreten nicht die ge-
ringste Garantie, daß sie uns dann später Zugeständnisse
machen würden. Ueberhaupt wollen die Firmeninhaber sich
auf keine festen Verträge einlassen. Vielleicht sind sie in
einigen Wochen anderer Meinung. (Näheres siehe Artikel.)

Sollten in den Zahlstellen Pflastersteinarbeiter gebraucht
werden, so haben die Vertrauensleute dies sofort an das
Zentralbureau nach Leipzig zu berichten. Die Zahl, wieviel
Leute eingekallt werden können, ist anzugeben.

Strehlen. Der Streik bei der Firma Alfred Schulz Nachfolger
ist zu Ende. Am 1. Mai fanden Verhandlungen statt, die
zu einer Einigung führten. Die hauptsächlichsten Forderungen
sind bewilligt und die Zugeständnisse in einem zweijährigen
Vertrage festgelegt worden. Daraufhin nahmen sämtliche
Streikenden am 2. Mai die Arbeit wieder auf.

Der Firma mußte erst mittels Streik klar gemacht werden,
daß die Kollegen energisch ihre Forderungen verteidigen.

Schöna a. d. Elbe. Mit der Firma Bodeckel konnten wir
endlich einen günstigen Lohnvertrag abschließen.

Kirchenlamitz. Die Kollegen schlossen mit den Unternehmern
einen Tarif ab, der gegen früher wesentliche Verbesserungen
enthält. Wäre die Zahl der Indifferenten nicht so groß, so
hätte mit Leichtigkeit mehr erreicht werden können. (Warum
wird nicht angegeben, in welcher Höhe Zugeständnisse gewährt
wurden. Redaktion.)

Trier. Marmorarbeiter haben nach hier Bezug zu unterlassen.
Die Lohnkommission wurde gemahnt.

Nebra. 30 Mann stehen im Streik.

In Schwarzenbach a. S., Wunsiedel, Bernsdorf, Münchberg.
Senzen, Sell und Niederlamitz stehen die Granitarbeiter
im Streik. Auch in der vergangenen Woche sind wieder
50 Mann in den Streikorten abgereist. Die Firma Bruchner,
Sitz Wunsiedel, ließ Rohmaterial nach dem Odenwald und
zwar nach Heppenheim transportieren; unsere Verbands-
mitglieder in Heppenheim verweigerten selbstredend die Bear-
beitung der Werkstücke. Die Fichtelgebirgsunternehmer streuen
die schollen Gerichte aus, unser Verband könnte die Unter-
stützungen an die Streikenden nicht mehr leisten.

Dieses alberne Gesindel ist nur zu durchsichtig; wie
unsre Finanzen stehen, geht aus dem heutigen Leitartikel
hervor.

Die Unternehmer versuchen weiter alles aufzubieten, um
insbesondere die Steinmengen zur Aufnahme der Arbeit zu
bewegen. Alles schlug fehl. Kein Streikbrecher aus unsern
Reihen ist zu verzeichnen.

Pölla. Tarifunterhandlungen sind gescheitert. Bezug nach
dem Elblandsteingebiet streng fernzuhalten.

Gamm (Weisfalen). Die Lohnbewegung ist zugunsten der Kol-
legen beendet. Die Stundenlöhne wurden um 4 Pfg. auf-
gebessert. Die Minimallohne betragen 48 bis 52 Pfg. pro
Stunde.

Erfurt. Die Maurer sind in den Streik getreten, jedenfalls
werden unsre Kollegen dadurch in Mitleidenschaft gezogen.

Hannover. Lohnbewegung für die Verbandsmitglieder ohne
Streik mit Erfolg beendet. Die Arbeitszeit beträgt 8 1/2 Stunden,
bezahlt wird pro Stunde 65 Pfg. Die Lohnaufbesserung
beträgt 105 Kollegen zugute. (Bericht folgt in nächster
Nummer. Diesmal Raumangel. Red.)

Aue (Erzgebirge.) Sämtliche Unternehmer haben den Tarif
unterzeichnet. Die Streik über Platz Spengler ist aufgehoben.
Die Granitarbeiter erzielten annehmbare Zuschläge.

Der Geschäftsbericht 1906.

I.

Der Geschäftsbericht unsres Verbands für 1906, her-
ausgegeben vom Zentralvorstand, wird in den nächsten
Tagen den einzelnen Zahlstellen zugehen. Der Bericht
läßt in äußerst objektiver Weise erkennen, daß der Stein-
arbeiterverband auch in der letzten Zeit sehr beachtenswerte
Fortschritte zu verzeichnen hat. Wir möchten gleich ein-
leitend betonen, daß alle Mitglieder in sehr eingehender
Weise den Bericht, sobald er ihnen zugänglich gemacht ist,
studieren möchten, um sich über die Entwicklung der Orga-
nisation genau informieren zu können. Fürwahr, jedes
Verbandsmitglied muß ein eminentes Interesse an der
Einrichtung, dem Kassengebaren unsrer Organisation
haben.

Es ist bei den deutschen Zentralverbänden schon seit Jah-
ren üblich, daß die Rechenschaftsberichte im Laufe eines
oder zweier Jahre erstattet und in Broschürenform publi-
ziert werden. Gleich wie der reelle Kaufmann sich jeder-
zeit durch eine geordnete Buchführung über die Solidität
seines Unternehmens überzeugen kann, genau so klaren
Ueberblick geben die Geschäftsberichte der Gewerkschaften
über den jeweiligen Stand des einen oder andern Ver-
bands. Jeder Verbandskollege soll eingehende
Kenntnisse über die Entwicklung unsrer Organisation auf-
weisen können, wenn er sachlich in gewerkschaftlichen und
beruflichen Dingen urteilen will.

Nun, werfen wir einen Blick in den Geschäftsbericht.
Es geht daraus hervor, daß die Zahlstellen im Jahre 1906
von 276 auf 320 gestiegen sind. Eine Zunahme von
44 Zahlstellen in einem Jahre will in agitatorischer Be-
ziehung schon etwas heißen. Der durchschnittliche Mit-
gliederbestand betrug im Vorjahre 18 402, gegen 1905 ein
Plus von 4308 Mitgliedern. Selbstverständlich brachte
der höhere Mitgliederstand höhere Einnahmen; dements-
prechend steigerten sich auch die Ausgaben. Doch über
das Finanzwesen wollen wir uns in einem zweiten Artikel
eingehend äußern.

Der Nürnberger Verbandstag beschloß bekanntlich die
Anstellung fünf weiterer Gauleiter, in Würzburg amlierte
sich damals ein Gaugraf, so daß wir jetzt sechs besoldete
Gauleiter angestellt haben. Ohne Ueberhebung können
wir sagen, daß sich die Anstellung in allen Gaubezirken
glänzend bewährte. Sicherlich würde nach der beschlossenen
Beitragsverhöhung in Nürnberg eine Mitgliederflucht
eingetreten sein, wenn nicht die Gauleiter durch eine so-
fortige intensive Agitation die Mitglieder von einer höhe-

ren Beitragsleistung hätten überzeugen können. Ueber-
dies bestanden in so vielen Zahlstellen bezüglich der Ver-
waltung oft die ungeheuerlichsten Zustände; Gründe, die
schon manche Zahlstelle von der Bildfläche verschwinden
ließen. Es lag gar keine hohe Absicht der Vertrauens-
personen vor, die Buchführung etwa mit Absicht unordent-
lich zu führen. Nein, bei dem so oftmaligen Wechsel inner-
halb der Verwaltungspersonen konnten sich so viele nicht
in den Verwaltungsapparat hineinarbeiten. Alle Gau-
leiter können Aufschluß darüber geben, wie sie gerade in
verwaltungstechnischer Beziehung sofort helfend in der
gründlichsten Weise eingreifen mußten.

In mehreren Zahlstellen fungieren auch Ortsbeamte,
so in Wurzen, Dresden, Pirna und Umgebung,
Striegau und Strehlen.

Die Zentralkasse leistet zur Besoldung, mit Ausnahme
des Dresdner Beamten, alljährlich einen kleinen Zuschuß.
Die Anstellung der Lokalbeamten war ebenfalls eine nicht
zu umgehende Notwendigkeit. Zur Zahlstelle Wurzen ge-
hören etwa 20 Ortschaften, wie soll hier ein unbesoldetes
Vorstandsmitglied der Zahlstelle etwa die Geschäfte des
Verbands wahrnehmen können? Allerdings wurde auch
in einigen andern Steinbruchsgebieten die Anstellung von
Lokalbeamten meistens auf Kosten der Hauptkasse begehrt;
diesem Ansuchen wurde bisher nicht stattgegeben, denn es
versteht sich wohl von selbst, daß die Zahlstellen, die schon
hohe Mitgliederziffern aufweisen, auch bei der Anstellung
eines Beamten den größten Teil des Gehalts aufzubringen
haben. Die führenden Kollegen in solchen Gebieten müs-
sen doch auch zur Einsicht gelangen, daß nicht alle Kosten
der Hauptkasse aufgebürdet werden können.

Sehr eingehendes Studium erheischt die Streikstatistik.
Da werden den unaufgeklärten Kollegen am ehesten die
Augen geöffnet, wie bitter notwendig eine gewerkschaftliche
Organisation ist. Zur Verbesserung der Löhne mußten
allein 36 Angriffsstreiks geführt werden. 18 Angriffs-
streiks hatten einen vollen, 7 einen teilweisen
Erfolg, während wir bei 11 Kämpfen unterlagen. Die
Erfahrung hat aber gelehrt, daß auch Niederlagen für uns
noch keine Siege der Unternehmer bedeuten. Wenn unsre
Kollegen zukünftig in solchen Orten mit Lohnforderungen
an die Meister herantreten, sicherlich haben diese durch die
vorjährigen Lehren eher Geneigtheit, Zugeständnisse zu
machen, als es nochmals zum Kampf kommen zu lassen.
Das wissen auch die Unternehmer, daß wir bei erlittenen
Niederlagen sofort alles aufbieten, um operationsfähig
und schlagfertig zu sein.

Folgende Angriffsstreiks wurden geführt:

Zahlstellen	Zahl der Streikenden	Dauer des Streiks Tage	Gesamt- kosten Mk.	Haupt- kasse Mk.	Lokal- kasse Mk.	Resultat			Branche	Bemerkungen
						Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolgslos		
Rappeltobed	280	56	2 088	2 088	—	—	—	1	Granit, Bau- und Pflasterstein	5 1/2 Stunde Arbeitszeit verkürzt.
Jena	12	24	484	338	101	1	—	—	Granit-Grabstein	Wöchentlich 4,82 Mk. Lohnerhöhung.
Ohlsdorf	15	49	1 405	707	698	—	1	—	Granit u. Marmor- Grabstein	
Mainz	8	18	767	767	—	1	—	—	Sandstein	Afford abgeschafft.
Kelheim	32	9	354	248	106	—	1	—	Kalkstein	Stundenlohn erhöht, wöchentl. 2,70 Mk.
Heppenheim (Bruchner)	14	22	453	453	—	1	—	—	Granit-Grabstein	Tarif abgeschlossen, wöchentl. 3 Mk. Lohnerhöhung.
Alsenz	171	122	12 568	11 261	1302	—	—	1	Sandstein	Lohn wöchentl. um 3 Mk. erhöht.
Rottbarm	14	43	742	479	263	1	—	—	Grabstein	" " " 2,16 Mk. erhöht.
Riel	21	43	2 322	1 608	654	—	1	—	Grabstein	
Gebelsbach	55	46	4 958	4 958	—	—	—	1	Sandstein	
Reklar	18	58	1 807	1 807	—	—	—	1	Marmor	
Heppenheim (Eteinind.)	28	120	1 160	898	267	—	—	1	Pflasterstein	
Offenbach a. M.	87	5	—	—	—	1	—	—	Sandstein	Arbeitszeit wöchentl. 6 Stunden verkürzt, Lohn 3 Mk. erhöht.
Oberbillingshausen	26	39	694	694	—	—	—	1	Sandsteinbrüche	
Heuch-Brandis	218	52	7 697	7 697	—	—	—	1	Granit-Bauarbeit	8 Proz. Zuschlag für Steinmengen u. Lohnverbesserungen f. d. Pflasterer. Arbeitszeit wöchentl. 8 Stunden verkürzt, Lohn 3 Mk. erhöht.
Dortmund	77	42	2 261	2 006	255	—	1	—	Kunst- u. Sandstein, Bau- u. Grabstein	Lohn wöchentl. 3.— Mk. erhöht.
Reinheim	21	38	984	984	—	1	—	—	Granit, Bau- und Grabstein	
Bruchmühl	44	45	2 585	2 585	—	—	1	—	Granit u. Marmor- Grabstein	" " " 3.— " "
Karlruhe	18	17	312	276	36	1	—	—	Sandstein	" " " 2,70 " "
Frankfurt a. M.	87	35	4 297	3 478	821	1	—	—	Sandstein	" " " 4.— " "
Unsen	45	42	2 377	2 159	218	1	—	—	Sandstein	" " " 3,75 " "
Würzburg	405	111	72 600	72 600	—	—	—	1	Mischkalk	
Grimma	61	53	1 942	1 668	274	—	—	1	Pflasterstein	
Wühlhausen i. Thür.	35	48	2 955	2 534	421	—	—	1	Kalkstein	
Ludwigsafen	33	10	1 044	898	146	1	—	—	Marmor	Sympathiestreik mit Oberdorla. Wöchentliche Lohnerhöhung 4 Mk. Wöchentliche Lohnerhöhung 2,50 Mk., Arbeitszeit 6 Stunden weniger.
Schmalthalben	12	29	92	80	12	1	—	—	Granit-Grabstein	
Brettenborn	22	18	220	2 0	—	—	—	1	Pflasterstein	
Mainz	16	47	—	—	—	1	—	—	Kunst- und Sandstein	
Oberdorla	51	50	1 782	1 782	—	—	—	1	Kalksteinbrüche	
Düsseldorf	41	4	274	59	215	1	—	—	Sandstein	Arbeitszeit wöchentl. 8 Stunden verkürzt, Lohn 2 Mk. erhöht.
Pölned	10	1	8	8	—	1	—	—	Sandstein	Unterschrift unter den Tarif erzwung.
Kreilob	14	21	230	100	130	1	—	—	Sandstein	Tarif anerkannt.
Verlin	8	6	—	—	—	1	—	—	Sandstein	Streik für Durchführung der Bundesratsverordnung.
Nördlingen	11	30	333	333	—	1	—	—	Granit	Fichtelgebirgstarif eingeführt.
Leipzig	15	8	—	—	—	1	—	—	Sandstein	
Berlin	61	18	1 918	1 918	—	1	—	—	Marmor	Sympathiestreik für Reichenbach i. D.
	2026		138 498	127 579	5919	18	7	11		

Die erreichten Vorteile bei den 25 mit vollem und teilweisem Erfolg geführten Kämpfen gehen aus der Darstellung in der Tabelle hervor. Allerdings schmerzt es uns sehr, daß bei den großen Kämpfen in Ebelsbach und im Kalksteingebiet nichts erreicht werden konnte. In Ebelsbach proklamierten etliche Heißsporne gegen den Willen der Gau- und Zentralleitung in unverantwortlicher Weise den Kampf; an eine ruhige Ueberlegung, ob Aussicht auf Erfolg vorhanden sei, dachten die lokalen Wortführer selbstredend nicht.

Der Streik im Muschelkalkgebiet ging der vielen stehengebliebenen Streikbrecher wegen, die meistens nur mit der Gewinnung von Rohmaterialien beschäftigt wurden, verloren. Gerade dieser Kampf hat am drastischsten gezeigt, daß es nicht damit abgetan ist, wenn nur die Steinmengen streifen, nein, in den Bruchgebieten müssen die Lohnkämpfe, wenn diese Aussicht auf Erfolg haben sollen, in erster Linie in Gemeinschaft mit den Brechern geführt werden. Wir müssen auch in der Lage sein, die Gewinnung der Rohmaterialien unterbinden zu können. Leider wird diese Tatsache, selbst von den Gauleitern, noch so wenig in der richtigen Weise gewürdigt. In Weicha-Brandis standen 218 Verbandskollegen im Streik. Für etwa 60 Steinmengen wurden sofort Lohnerhöhungen erzielt, aber die Brecher und Pflasterer sollten leer ausgehen. Die Unternehmer definierten: Gut, die Steinmengen sind zufrieden und schwingen infolgedessen den Schlägel weiter; dadurch entsteht unter den übrigen Verbandsgliedern Zwietracht und die Unternehmer hätten dann den Sieg in der Tasche. Aber ihr Exempel stimmte nicht, die Steinmengen verharrten weiter mit im Streik, bis auch der übrige Arbeiterchaft Lohnzulagen zugestanden wurden. Gerade in den Bruchdistrikten müssen bei Tarifaufstellungen, gleich bei Beginn der Lohnbewegungen, die Interessen der Brecher mit aller Energie vertreten werden. Das separate Vorgehen der Steinmengen und Brecher erscheint uns nicht immer taktisch richtig. Vielleicht nehmen wir demnächst Gelegenheit, diese Angelegenheit besonders zu besprechen.

Daß die Unternehmer jeden geeigneten Augenblick versuchen, an den von uns errungenen Löhnen so stark wie nur möglich abzuzwachen, geht daraus hervor, daß wir in Lauf am Holz, Bamberg, Osnabrück, Seebergen (Erfurt), Weißen II und Dürkheim Abwehrstreiks auszufechten hatten. Von diesen 6 Abwehrstreiks hatten 5 vollen Erfolg. Ob die Unternehmer in den genannten Orten bald wieder die Lust verspüren, am Arbeitslohn zu kürzen, dürfte doch recht fraglich sein.

Aussperrungen waren zu bestehen in Lindensfels, Emshausen, Bensheim, Waackweiler, Walddambach, Nürnberg und Reichenbach. Die „Deutsche Steinindustrie“ in Reichenbach glaubte nach dem Schema der Firma Kreuzer u. Höhringer verfahren zu können, sie kündigte den Beschäftigten; aber in Berlin bei der Steinindustrie kündigten aus Solidarität umgekehrt unsere Verbandsmitglieder, und durch dieses energische Vorgehen kam den Herren Direktoren zum Bewußtsein, daß sie einen sehr dummen Streich begangen hatten; denn als in Berlin die Kollegen die Werkställe verließen, suchten die Unternehmervertreter umgehend telegraphischen Anschluß im Leipziger Zentralbureau. Die Absicht, in Reichenbach die statliche Zahlstelle zu vernichten, gelang natürlich nicht im geringsten.

Von großer Bedeutung sind die Erfolge bei Lohnbewegungen im Jahre 1906, welche ohne Streik erzielt wurden. Es haben nicht weniger als 27 Lohnbewegungen außer den Streiks stattgefunden, welche durchaus für uns mit Vorteil ohne Streik verlaufen sind.

Es waren daran 2019 Kollegen beteiligt. Es wurden Arbeitszeitverkürzungen von 1 bis 6 Stunden pro Woche erzielt, insgesamt für sämtliche Beteiligte 1551 Stunden. Der Verkürzung der Arbeitszeit folgte auch immer eine Erhöhung der Löhne von 0.71 bis 6 Mark pro Woche, für alle Beteiligten 6408.32 Mark, in 52 Wochen 333 232.64 Mark. Schon dieses Resultat müßte für den indifferentesten Steinarbeiter den Existenzgrund unserer Organisation vollständig erbracht haben. Ueberall, wo der Steinarbeiterverband seine Wurzeln geschlagen, wird das Streben nach Existenzverbesserung gemacht.

Leider werden im Geschäftsbericht auch diesmal die Orte nicht aufgeführt, in welchen erfolgreiche Lohnbewegungen ohne Kampf durchgeführt werden konnten. Gerade die Aufstellung einer solchen Rubrik wäre von sehr großem agitatorischen und informativem Wert. Wir sprechen wiederholt den Wunsch aus, daß im nächsten Geschäftsbericht endlich unsere Anregung Berücksichtigung finden möge.

Auf die Kassenverhältnisse kommen wir im nächsten Artikel zu sprechen. Der Kassenbestand in der Hauptkasse, einschließlich der Ortsfonds in den Zahlstellen, beträgt etwa eine Dreimillion.

Daß eine Organisation, wie die unsere, selbstredend mit Leichtigkeit, wenn Gefahr im Anzuge wäre, in der Lage ist, durch Extrasteuern usw. die Einnahmen sofort noch um 50—60 000 Mk. erhöhen zu können, ist klar. Das mögen sich insbesondere die Unternehmer merken, die um unser Finanzwesen sehr besorgt zu sein scheinen.

Wie wählen die bayerischen Steinarbeiter bei den kommenden Landtagswahlen?

Die bayerischen Landtagswahlen stehen vor der Tür. Die politischen Parteien rühren geschäftig ihre Werbetrömmeln und suchen ihren Kampfbataillonen neue Rekruten einzuzureihen. Arbeiterfreundlichkeit sind sie ja alle, alle bis zum rückständigsten Bauernbund!

Die gesamte Arbeiterchaft Bayerns hat ein Lebensinteresse an der zielklaren Förderung einer ausgesprochenen sozialen Arbeiterklassenpolitik. Und nur eine Partei Bayerns prägt klar die Grundzüge einer wirklichen Arbeiterklassenpolitik aus: die Sozialdemokratie. Wie heulen und jammern wehleidig die zartbesaiteten Seelen der bürgerlichen Parteien über diese rauhe proletarische Politik! Sie stehen ja vornehm über den Massen, und ihre Herzen brennen nur für das allgemeine Wohl. Ein Pfund der beschränkten, einseitigen Klassenpolitik! Man lasse sich aber nicht durch das Chamäleonartige Schillern der bürgerlichen Parteien in allen Regenbogenfarben über ihren

wahren Grundcharakter täuschen. Der Liberalismus ist bei Nichte befehen das Sprachrohr des mobilen Kapitals; in der Zentrums politik schlägt ein wirres, konfuse Gemisch rückständiger Mittelstandsforderungen nieder. Rein bürgerlich sind sie aber alle im Grunde ihrer Seele, und wenn nur ernstlich einmal das bürgerliche Eigentum gesetzgeberisch zugunsten der millionenköpfigen ausgebeuteten Arbeiterchaft angepaßt werden soll, so läuten sie Sturm und weden den letzten Ordnungs- und Nachtmächter mit dem wüsten, markerschütternden Schrei auf: das Eigentum, das Palladium des sittlichen Staats, ist in Gefahr!

So unverfroren dürfte heute selbst der Leichtfertige und gewissenloseste politische Schaumschläger nicht sein, um die Existenz der sozialen Klassen und den Gegensatz ihrer Interessen zu leugnen. Die arbeitende Klasse rennt in ihrem heißen Ringen nach ökonomischer und politischer Freiheit scharf gegen die Interessen der bürgerlichen Klassen an. Aus der eigenartigen Lebenslage des Proletariats ergibt sich eine ausgesprochen proletarische Sozialpolitik.

Auf dem Arbeiter lastet mit zermalmendem Druck die gewaltige wirtschaftliche Uebermacht des kapitalistischen Unternehmertums. Aller Produktionsmittel bar, muß sich der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt in den erniedrigenden Handel mit seinem eigenen Fleisch und Blut finden, muß er seine Arbeitskraft verkaufen und sich den schmachlichsten Arbeitsbedingungen, der launenhaften Kommandogewalt eines herrschsüchtigen und tyrannischen Unternehmertums unterordnen. Ueberarbeit und Hungerlöhne stehen am Beginn der ersten schmerzreichen Epoche des Kapitalismus. Erst als sich die Arbeiterchaft drohend gegen die maßlose Ausbeutung erhob, schufen die Regierungen die ersten bescheidenen Ansätze der Arbeiterschutzgesetzgebung. Die gewaltig erstarkende sozialdemokratische Bewegung zwang den eisernen Kanzler zur sogenannten positiven Bekämpfung dieser Bewegung, zur Einleitung der Arbeiterverfassungsgesetzgebung.

Aus der ganzen Situation des Proletariats folgt notwendig eine ausgesprochen sozialpolitische Arbeiterklassenpolitik mit der Grundrichtung: Eindämmung der Herrschergewalt des kapitalistischen Unternehmertums durch gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit, durch Regelung der sanitären Verhältnisse der Fabrik und Werkstatt, durch die Begründung allgemeiner Versicherungsinstitutionen gegen die existenzuntergrabenden Folgen der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität und der Arbeitslosigkeit, durch die Errichtung öffentlich-rechtlicher Vertretungskörperschaften der Arbeiter. Wer da behauptet, alle diese Forderungen atmen nicht den Geist einer fest umrissenen Klassenpolitik und lehnen sich nicht gegen die Interessen einer bestimmten sozialen Klasse: gegen das kapitalistische Unternehmertum, der ist entweder blind oder lügt mit frecher Stirn. Je kompakter sich die Arbeitermassen, seien sie nun katholisch oder protestantisch, zu einer Klassenpartei zusammenschließen, je stärker ist ihre Stoßkraft, und je sicherer setzen sie ihre Klassenforderungen in den Parlamenten durch. Es steht ja dann hinter diesen Forderungen nicht ein Bruchteil einer Klasse nur, sondern die Klasse selbst. Ihrer ganzen geschichtlichen Entwicklung nach ist in Deutschland nun die Sozialdemokratie im wesentlichen eine Arbeiterklassenpartei. Parteien wurzeln in der ökonomisch-sozialen Struktur ihres Landes. Parteien haben ihre geschichtlichen Traditionen, ihre eigenen Entwicklungen. Man erfindet nicht schnell über Nacht eine neue politische Partei. Die nationalsoziale Parteigründung, die individuelle Tat eines geistvollen sozialpolitischen Eigenbrödlers, des Pfarrers Naumann, hatte eigentlich nur die ephemere Existenz einer Eintagsfliege. Wer nur einigermaßen die Geschichte unserer deutschen politischen Parteien kennt, erfährt sofort die traditionelle Bestimmung der Sozialdemokratie zur politischen Vertretung der proletarischen Gesamtinteressen.

In der bevorstehenden bayerischen Landtagswahl treten zahlreiche sozialpolitische Fragen in den Brennpunkt des proletarischen Interesses. Der Demokratisierungsprozeß, in den dank der unablässigen vorwärtsdrängenden Tätigkeit der Sozialdemokratie der bayerische Staat getreten ist, muß auf das kommunale Gebiet zielklar hinübergeleitet werden. Am demokratisierten Staat muß sich die demokratische Gemeinde emporranken. Die Reform der Gemeindeordnung ist eine Arbeiterklassenforderung von grundlegender Bedeutung. Die demokratische staatliche und kommunale Verwaltung verbürgt erst die konsequente Durchführung der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungs-gesetzgebung.

Das Proletariat, das numerisch stark in die Kammer und in die Gemeindeverwaltungen einrückt, beeinflusst die Arbeiterpolitik des Staats und der Gemeinden mit starker Hand. Der Staat und die Gemeinden Bayerns beschäftigen ganze Armeen von Arbeitern und Beamten. In diesen Arbeitern, die durch eine fortgeschrittene staatliche und kommunale Sozialpolitik in menschenwürdige Arbeits- und Lebensverhältnisse versetzt sind, wird die Gewerkschaftspolitik einen wichtigen Stützpunkt finden. Beschreiten Staat und Gemeinden Bayerns als die größten Arbeitgeber fortschrittliche sozialpolitische Bahnen, so müssen die Privatgeber dieser Bahnen folgen.

Die Sozialdemokratie ist nun im bayerischen Landtag in allen grundlegenden Fragen der staatlichen sozialen Arbeiterpolitik von den gesamten übrigen Parteien niedergestimmt worden. Ihr Antrag auf Einführung des Neuntundentages vom 1. April 1906 und des Achtehtundentages vom 1. April 1907 ist abgelehnt worden. Im sozialen Ausschuß stimmte für diesen sozialdemokratischen Antrag nur noch der demokratische Abgeordnete Linberger. Sält der Achtehtundentag erst in Staat und Gemeinde seinen Siegeszug, so ist sein Triumph in den Privatunternehmungen besiegelt. Die sozialdemokratische staatliche Lohnpolitik, die genügende, für den Familienunterhalt ausreichende Arbeitslöhne und Dienstbezüge vorsehen und einen Mindestlohn von 3 Mk. für erwachsene männliche Arbeiter festlegen wollte, wurde von den Regierungen und Parteien leidenschaftlich bekämpft.

In der Kammer führte das herrschende Zentrum nicht einmal seine eigenen sozialpolitischen Beschlüsse konsequent durch. Für die beschlossenen Lohnerhöhungen reichte die in den Etat gestellte Summe von 2 160 000 Mk. nicht aus. Infolgedessen erwies sich eine Neueinstellung von 340 000 Mark als strikt notwendig. Im Finanzausschuß sträubten

sich die Vertreter des Zentrums mit Händen und Füßen gegen die Bewilligung dieser Summe. Die Widerstände der beteiligten christlichen Arbeiter und die Kritik der eigenen Presse veranlaßten das Zentrum nun im Plenum zu einem taktischen Schachzug, nämlich zur Stellung des Antrags: „Es sei die bei den einzelnen Etatspositionen zur Verbesserung der Lohnverhältnisse der in der Eisenbahnverwaltung beschäftigten Tagelohnarbeiter eingesetzte Summe um den Betrag zu überschreiten, welcher erforderlich ist, um den Lohn der genannten Arbeiter, soweit derselbe den nach den von der Kammer genehmigten Beschlüssen des X. Ausschusses bezeichneten Minimallohn für die einzelnen Lohnklassen nicht erreicht, auf diesen Betrag vom 1. September 1906 an zu erhöhen.“ Im Plenum wurde bei der Beratung über die gestellten Anträge von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Zentrumsantrag nur um ein Scheinmanöver zur Beruhigung der christlichen Arbeiter handle. Der Antrag hatte nämlich absolut keine Aussicht auf Annahme in der Reichsratskammer. In einem ähnlichen Falle hatte sich die Reichsratskammer erst vor kurzem dahin geäußert, daß jede im Budget nicht bestimmte und ziffernmäßig begrenzte Bewilligung als bedenklich angesehen werden müsse und in der Tat lehnte die Reichsratskammer den Zentrumsantrag ab.

Die Durchsetzung aller sozialpolitisch fortgeschrittenen Arbeiterklassenforderungen ist an demokratische Staats- und Verwaltungssysteme gebunden. Die Demokratisierung des Staates und der Gemeinde ist daher eine wirkliche Lebensfrage des gewerkschaftlich organisierten Proletariats. Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bewegung steuern dem großen Ziele der Verdrängung des kapitalistischen Herrschens aus der Wirtschafts- und Staatsordnung zu. Beide Bewegungen streben die demokratisch-genossenschaftliche Fabrik und den demokratisch-genossenschaftlichen Staat an.

Bei den kommenden Landtagswahlen werden die Steinarbeiter, welche sehr stark an Zahl in so vielen ländlichen Gebieten in Frage kommen, mit großer „Liebe“ vom Zentrum und auch von den Liberalen umworben. Nach der Statistik des Geschäftsberichts unseres Verbandes vom Jahre 1906 haben wir allein in Bayern 3234 Verbandsmitglieder. Es ist selbstredend, daß unsere Verbandsmitglieder alles aufbieten, um die Spanne Zeit bis zu den Wahlen agitatorisch für die Sozialdemokratie auszunutzen.

Als Kandidat aus den Reihen der Steinarbeiter ist Kollege Hans Mittenmeier in einem unterfränkischen Kreise aufgestellt; er hat sich mit dem Zentrum zu messen.

Also, ihr gewerkschaftlich organisierten Steinarbeiter Bayerns, kämpfet am 31. Mai an der Seite der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen für die Demokratisierung der staatlichen, kommunalen und wirtschaftlichen Institutionen Bayerns!

Zum Streik im schlesischen Granitgebiete Strehlen und Ströbel.

Nachdem sich hier unsere Kollegen seit längerer Zeit straff organisiert haben, sind sie, wie nicht anders zu erwarten war, auch mit der Forderung, feste Lohn- und Arbeitsbedingungen durch einen schriftlichen Vertrag zu erhalten, an ihre Unternehmer herantreten. Natürlich war den Unternehmern das etwas Ungeübtes, und sie lehnten eine jede Unterhandlung mit der Organisationsleitung ab; noch viel weniger sind sie geneigt, einen schriftlichen Vertrag mit ihren Arbeitern abzuschließen. Die Folge davon war, daß unsere Kollegen die Kündigung einreichten, welche am 4. Mai ablief.

Am 2. Mai ging der Verbandsvorsitzende Starke nach Strehlen und leitete Verhandlungen vor dem Landratsamt ein, an welchem aber seine Teilnahme zurückgewiesen wurde. Dort war die Firma Schall durch den Sohn und den Betriebsleiter Walter vertreten, und es wurden nur ganz unverbindliche mündliche Versprechungen gemacht, die zu halten unsern Kollegen nicht die geringsten Garantien geboten wurden. Auch alle andern Unternehmer, die mehr oder weniger unter dem Einfluß des Großunternehmers Schall stehen, verhalten sich direkt ablehnend, ja sogar recht grobhaft. Von einem Unternehmer wurde den Verbandsvertretern Starke und Lohse mit Drohung der Hausfriedensbruchklage der Platz verwiesen.

Es wurde von den Unternehmern das Verlangen an die Arbeiter gestellt, die Kündigung zurückzuziehen, und dann wollen sie mit ihren Leuten verhandeln. Den Leuten wurden allerhand Schwierigkeiten bei Lösung des Arbeitsverhältnisses in den Weg gelegt. In Ströbel sind fremde Arbeiter unter den verlockendsten Versprechungen herangeholt worden; Wohnungen in den Arbeiterhäusern der Unternehmer wurden ihnen angewiesen und Ersatz des Reisegelds nach einjähriger Beschäftigung zugesagt. Jetzt ist nun den Kollegen die Wohnung gekündigt und das verlegte Reisegeld vom letzten Lohn abgezogen worden. So daß die Leute vollständig entblößt dastehen. Kurz, ein Verhältnis der allertraurigsten Abhängigkeit, welche den Kampf ungemein erschwert.

Die Unternehmer wüten in einer Weise gegen den Verband, welchen sie beschuldigen, die Leute verheßt und unzufrieden gemacht zu haben. Wichtig ist nur, daß den Steinarbeitern jetzt erst klar wird, in welchem unwürdigen Zustand sie gelebt haben und noch leben. Es wird den Unternehmern mit den Riesenbetrieben durch den Steinarbeiterverband klar gemacht werden müssen, daß die Arbeiter auch noch einen Faktor darstellen, mit welchem noch gerechnet werden muß.

In zwei großen Versammlungen in Strehlen und Ströbel wurde eine Resolution gefaßt, welche besagt, daß von einer Zurücknahme der Kündigung nur erst die Rede sein kann, wenn über die Forderungen der Arbeiter verhandelt und ein schriftlicher Vertrag mit der Vertretung der Organisation abgeschlossen ist.

Die Unternehmer verrechnen sich allerdings, wenn sie meinen, der Steinarbeiterverband würde seine Mitglieder im Stich lassen. Gerade Herr Schall hat uns mit seinen Versprechungen schon seit geraumer Zeit am Narrenseil herumgezogen, so daß es leicht erklärlich ist, wenn der Kollegen nun endlich einmal der Geduldsfaden reißt. Bekanntlich hat Schall vor etwa drei Jahren auf längere Zeit den städtischen Steinbruch in Strehlen pachtwise übernommen. Sein Vorgänger zahlte eine jährliche Pachtsumme von 33 000 Mk. Schall dagegen bot 70 000

Markt und erhielt auch den Zuschlag. Mit seinem Pflastermaterial beherrscht Schall den Markt von Mittel- und Oberösterreich; denn in ganz Deutschland befindet sich kein Granitbruch, der ein so hochfeines Material liefert wie der Strehleiner Bruch. Aber die Arbeiter werden im ganzen Streifgebiet geradezu miserabel entlohnt. Wochenlöhne der Steinarbeiter von 10, 11, 12 Mk. sind keine Seltenheit; desto besser aber steht es mit den Gewinnern der Unternehmer.

Wenn die Streikenden ihre entwürdigende Lage begriffen haben und sich nicht zu Streikbrecher- ritten herbeilassen, dann werden wir die in Frage kommenden Unternehmer baldigst gezwungen haben, mit den Arbeitern und den Verbandsvertretern zu unterhandeln.

Der Unternehmer Schall ist dem Namen nach sicherlich den Kollegen von ganz Deutschland bekannt; hat ja Kollege Staudinger in der schon öfters erörterten Erpressungs- und Beleidigungssache erst kürzlich sechs Wochen hinter schwedischen Gardinen zubringen müssen.

In den Betrieben sieht es jetzt sehr still aus. Schall z. B. verfrachtet täglich 20—30 Waggons Steine, man kann sich einen Begriff machen, wie ausbeutungsfähig der Strehleiner Steinbruch ist, nun ist der Versand eingestellt.

Im Streif stehen über 600 Granitarbeiter; Zugung ist streng fernzuhalten. Ein Teil der Streikenden hat sofort anderweitige Arbeit angenommen. Streikbrecher aus Oesterreich sind nicht zu befürchten; bei den bisher bezahlten Löhnen haben auch Streikbrecherjücker kein Verlangen nach Strehlen und Zoben.

Aus dem Streifgebiet des Fichtelgebirges.

Vom 2. bis 5. Mai fanden in den Orten Schwarzenbach, Niederlamitz, Wunsiedel, Geusen, Selb, Berned, Münchberg und Pilgramsreut (letzterer Ort ist am Streif nicht beteiligt) Versammlungen der Granitarbeiter statt. Kollege Siebold referierte in allen Zusammenkünften über den Streit in der Granitindustrie des Fichtelgebirges. In sämtlichen Versammlungen herrschte eine begeisterte Stimmung. Von einer Kampfesmüdigkeit, auf die die Granitindustriellen so große Hoffnung setzen, ist nichts zu spüren. Der Referent fand mit seinen Ausführungen überall lebhaften Anklang und begeisterte Zustimmung. Den vielen genannten Einheitsstarif, den die Granitindustriellen nach ihrem Ermessen festsetzen wollen, nebenbei ohne Berücksichtigung der gesteigerten Lebenshaltungskosten, bezeichnet Siebold als einen gewissen Geschäftsrisiko. Im bisherigen Verlauf des Kampfes sei dieses noch nicht ausgesprochen, weil wir annehmen, die Industriellen würden das Unbillige ihres Vorhabens einsehen. Doch immer werden die Granitarbeiter als die bösen Dämonen an die Wand gemalt, die in böswilliger Absicht im Streit verharren. Deshalb ist es angebracht, einmal das Ding beim richtigen Namen zu nennen. Denn auf der einen Seite soll in den maßgebenden Geschäften am Arbeitslohn gespart werden und andererseits soll sich durch den Einheitsstarif auf dem Markt für die fertigen Granitarbeiten ein gewisser Preis herausbilden. Dies doppelte Geschäft für die Unternehmer bedeutet aber für die Kollegen eine Verminderung ihrer bisherigen Einnahmen, die statt einer Reduzierung, unbedingt einer Aufbesserung bedürfen, weil sie mit den teuren Lebensmittelpreisen in gar keinem Verhältnis stehen. Die Preislisten legen Zeugnis ab von der außerordentlichen Geschäftlichkeit, mit der die Granitarbeiter hergegriffen werden. Beim Steinmeß sowohl als wie beim Schleifer. Es ist deshalb keine Uebertreibung, wenn er sage, bei diesem Kampfe gehe tatsächlich die Kunst beteln. Die bisherige Entlohnung stehe in einem ungehörigen Verhältnis mit der Arbeitsgeschwindigkeit. Auch die raubbauähnlichen Zustände, die darin bestehen, daß die Kollegen Schleifmaterial, Geschirre und Schärpen selbst vom großen Lohn bezahlen müßten, wurden vom Referenten drastisch beleuchtet. Auf Grund unserer Statistik von 1898—1906 weist Siebold nach, daß eine gewisse Dreifachheit dazu gehöre, mit den Löhnen der hiesigen Granitarbeiter eine Parade aufzuführen. Die Bewegung zeige überhaupt, daß Bescheidenheit der Arbeiter nur die Begehrlichkeit der entgegengegesetzten Seite steigere. Denn Forderungen seien gar nicht einmal gestellt, es handle sich hier um eine Abwehr von Verschlechterung. Im übrigen habe es den Anschein, als wenn die Kollegen in den Granitschleiferien des Fichtelgebirges ihre Kunstfertigkeit bezw. Arbeitskraft selber gar nicht einschätzen könnten. Die Anstrengungen der Industriellen, Mißstimmung unter die Streikenden zu bringen, ferner ihr Bemühen, einige besonders leistungsfähige Arbeiter zu Arbeitswilligen zu erhalten, sind vergeblich. Wenn die Granitindustriellen nach ihren Verbandsaufträgen bezw. Statut verfahren würden, dann sei die gegenwärtige Streikbewegung nicht möglich. Es heiße in diesen, daß unbedingte Forderungen der Arbeiter zurückgewiesen werden sollen. Eine berechtigtere Bewegung wie die momentane, gebe es wohl nicht. Denn es sei doch selbstverständlich, daß man sich eine Verschlechterung des ohnehin niedrigen Lohnes, nicht so ohne weiteres gefallen lasse.

Die Zahl der Streikenden verringert sich von Tag zu Tag, die Granitindustriellen werden nach Beendigung des Kampfes ihre Leute wohl mit der Laterne suchen. Allerhand Mädchen und Kinderleichen werden auch von dritten Personen rausgeschleppt, um Mißstimmung zu machen. So wurden in einem Ort im Verkehrslokal der Streikenden Erkundigungen eingegeben, ob bereits Schulden von Kollegen gemacht seien. In andern wieder wird einzelnen Kollegen die Wohnung seitens der Firmeneinhaber gekündigt. Einem Kollegen wurde weisung gemacht, er sei „angeklettert“ im Geschäft und habe deshalb keine Ursache zu streiken usw. Unsern Lesern wird bekannt sein, wie vor einigen Wochen die Industriellen auf die gut eingerichteten Arbeitsräume, auf Luft und Licht in diesen sich etwas zugute taten. Doch beim genaueren Zusehen stellt sich heraus, daß diese Verallgemeinerung gar nicht zutrifft, abgesehen von einigen wirklich gut eingerichteten Betrieben, besteht in einem der größten Werke noch die Unsitte, daß bei Ueberstunden die Steinarbeiter ihr „Talglicht“ selbst mitbringen müssen usw. Wo Derartige noch zu finden, da sollten die Unternehmer sich doch hüten, allgemein von gut eingerichteten Betrieben zu schreiben. Die Gewerbeinspektion hat im obigen Betrieb schon verschiedene notwendige Anordnungen getroffen. Doch ausgeführt ist es noch nicht; gelegentlich werden wir darauf zurückkommen. In Böhmen reist ein Herr umher, um Arbeitswillige zu finden. Doch überall war der Liebe Mühe umsonst. Es wird den Industriellen schließlich nichts anderes übrigbleiben, als den Einheitsstarif nach einer gründlichen Revision zu unterziehen oder ihre Arbeiten selbst anfertigen, vielleicht dürfte in diesem Falle ihnen das Unbillige ihrer jetzigen Einheitsvorlage aufdämmern.

Korrespondenzen

Bensheim. Mit Stumpf und Stil sollte vor Jahresfrist unsere Zahlstelle vernichtet werden. Das Beginnen der Unternehmung scheiterte aber sehr jämmerlich. Die Furcht der hiesigen Kollegen, die Taktik der Unternehmer könnte es ermöglichen den Verband zu zertrümmern, hat sich erfreulicherweise als unbedeutend erwiesen. Aber es ist dringend notwendig, daß auch alle Kollegen bemüht sind, sich den moralischen Untergrund zu ver-

schaffen, der eines Verbandsmitgliedes würdig ist. Einige Kollegen sind lebhafte abgereist, welche Bücher usw. nicht in Ordnung hatten und weiterhin sich ein sehr unrühmliches Andenken sicherten, indem sie ansehnliche „Faseln“ hinterließen. Wir wollen besonders den Steinmeß Gustav Gnaup, welcher im nahen Auerbach schaffte, nennen, damit, falls er anderweitig auftaucht, seinem verbandschädlichen Treiben baldigst ein Ende gemacht werden kann. In einer kleinen Stadt wie Bensheim wird eben der Verband für alles verantwortlich gemacht. Wir in der Zahlstelle vertreten auch die Meinung, daß die gewohnheitsmäßigen Fasenzähler rüchhaltslos in der Öffentlichkeit gebrandmarkt werden sollen.

Boschum. Endlich haben auch hier die Kollegen eingesehen, wie notwendig es ist, dem Steinarbeiterverbande beizutreten. Nachdem schon vor 14 Tagen unter den Kollegen eine Besprechung stattgefunden, wurde in der Versammlung am 24. April eine Zahlstelle gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Kollege W. Palm'er ernannt. Zum Kassierer wurde der Kollege Gezenbeck und als Revisoren die Kollegen Süßhimmann und Gundorf gewählt. In der Versammlung kam es zu einer lebhaften Diskussion. Ein jeder Kollege war der Ueberzeugung, daß es hier sehr notwendig sei, eine gute Zahlstelle zu schaffen. Leider konnte der Gauleiter nicht anwesend sein und es wurde daher dem Vorstände anheimgestellt, sich mit dem Gauleiter in Verbindung zu setzen, damit uns Gelegenheit gegeben ist, unsern Gauleiter referieren zu hören. Neu aufgenommen ließen sich noch zwei Kollegen. Mit der Ermahnung, fleißig zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Duisburg. Am 28. April fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Im Punkt Geschäftliches wurden die Fragebogen der Gauleitung zwecks Mitteilung der Mißstände auf den Wertplätzen ausgefüllt. Alles läßt in Duisburg in bezug auf Frühstücksbuden, Kleiderpinde, Aborte, Verbandskästen und Sauberkeit der Werkstellen zu wünschen übrig. Sieben Wertplätze wurden revidiert und nur auf einem wurde ein Verbandskasten vorgefunden. Zu Punkt 2 erstattete Kollege Brahm den Kassenbericht. Es wurde beschlossen, 30 Mk. auf der Sparkasse anzulegen. Im Punkt Verschiedenes wurde das Verhalten eines Poliers sehr scharf kritisiert. Der Herr Polier war früher Verbandsmitglied, versteht es aber jetzt, den „Schneidigen“ zu spielen. Auch suchte dieser Herr unsern Kollegen Nymrod aus der Arbeit zu bringen, was aber an dem Widerstand der Kollegen scheiterte. Ein hiesiger Unternehmer scheint weiter am Verfolgungswahn zu leiden, denn wie uns glaubwürdig berichtet wird, will er auf der Meisterversammlung in Düsseldorf den Antrag stellen, „unsern Vertrauensmann Kollegen Brahm schwarzstellen zu lassen“. Was sich manchmal diese Herren einbilden; vielleicht trifft das Umgekehrte ein und dem hiedern Meisterlein fehlt es dann selbst an Arbeitskräften. Mit solchen Drohungen kann man den Arbeitern nachschuldig nicht mehr imponieren.

Heppenheim. Am 28. April fand unsere Mitgliederversammlung statt, die leider nur mäßig besucht war. Im Punkt 1 verlas der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal; sie wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde wegen seiner tadellosen Durchführung der Zahl der Anwesenden ausgesprochen. Zum 2. Punkt wurde beschlossen, daß am 16. Juni hier von den vereinigten Gewerkschaften ein Gewerkschaftsfest stattfinden soll. Wir bringen dieses schon jetzt zur Kenntnis der Kollegen, damit zahlreicher Besuch erwartet werden kann. Um die Vorarbeiten zu diesem Fest genügend vorzubereiten, wurden die Kollegen May und Sider in die Vergütungskommission gewählt. Die Organisationsverhältnisse in Heppenheim dürfen als gut bezeichnet werden. Aber mit Recht wurden scharfe Kritik daran geübt, daß so viele Verbandsmitglieder unsern Versammlungen fernbleiben. Einen Entschuldigungsgrund für die Versammlungsschwänzer gibt es nicht, denn die Kollegen haben nicht allzu weit ins Versammlungslokal.

Roth. Eine gutbesuchte Versammlung fand am 19. April bei Herrn Reinwald statt, wozu sich sämtliche Kollegen einfanden, was seit dem Bestehen der neuen Zahlstelle noch nie der Fall gewesen war. Nach Bekanntgabe der Quartalsabrechnung wurde dem Kassierer viel Danksagung erteilt. Zugleich mußte durch Abreisen des Kollegen Raitzel ein neuer Schriftführer gewählt werden. Es wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Kollege Bopp per Affirmation gewählt. Weiter wurde vom Vorsitzenden die Mitteilung gemacht, daß die Einführung zweierlei Beitragsklassen von der Zentralleitung abgelehnt wurde. Es wurde dann der Beschluß gefaßt, in die erste Lohnklasse einzutreten. — Hierauf erfolgten vier neue Aufnahmen. Im weiteren kam es zu lebhafter Debatte wegen des Verhaltens unseres früheren auchkollegen und Vertrauensmanns, des jetzigen Steinmeßmeisters Herrn Neupert. Er will vom Steinarbeiterverband nichts wissen, und in seiner Werkstatt ist nicht ein einziger Kollege organisiert. Es wollen sich daher sämtliche Kollegen, die zu reisen, bei den Kollegen der Firma Kaufmann (Inhaber Groß) melden.

Schwarzenbach a. S. Am 2. Mai tagte hier eine Versammlung, mit der Tagesordnung: Der gegenwärtige Kampf in der Granitindustrie. Als Referent war Kollege Siebold aus Leipzig erschienen. Derselbe führte ungefähr folgendes aus: Der Kampf dauert bereits die achte Woche, hauptsächlich haben es die Unternehmer darauf abgesehen, die Kasse unseres Verbands so viel wie möglich zu schwächen, die Kollegen möchten aber auf Einflüsterungen von gewissen Seiten (unser Geld wäre bald aufgebraucht u. dergl.) nicht hören, sondern getrost auf die Kollegen rechnen, denen Sie Ihr Vertrauen zu Ihrer Führung geschenkt haben. Ferner streift Referent die Taktik der Unternehmer, sie sind uns in vielen voraus und haben uns auch in vielen überflügelt, daran müssen wir uns ein Beispiel nehmen. Weiter streift Referent einige Praktiken der Unternehmer, z. B. Arbeitsnachweis, schwarze Listen, Streiklausel usw. und folgert daraus, daß auch hier die Arbeiter bestrebt sein müßten, nur solche Vertreter in die Stadt- und Gemeindeparlamente zu senden, die gegen solche Verträge entschieden Front machen. Referent erkennt an, daß unser Kampf nur gerecht ist, denn es handelt sich nicht um Forderungen unsererseits, sondern bloß um eine Abwehr, wir können das bisher Bestandene nicht noch mehr kürzen lassen. Daß die Unternehmer den Kampf angefangen haben, verschweigen dieselben wohlweislich, um so verunwundlicher ist es uns, warum die Herren John und Franke die Arbeiter auf alle mögliche Art und Weise zu bewegen suchen, die Arbeit wieder aufzunehmen; ja wir fragen, warum wurde ihnen denn dann gekündigt, da doch die Arbeiter gar nicht daran dachten, irgendwelche Forderungen zu stellen. Ebenso besteht noch im Fichtelgebirge die mittelalterliche Einrichtung, daß die Arbeiter ihr Geschirre (Werkzeug) selbst schaffen müssen. Nach der aufgestellten Preisliste zu schließen, müssen die Arbeiter im Fichtelgebirge Arbeiten verrichten, die viel zu schlecht bezahlt sind, da müßte in erster Linie die Geschäftlichkeit der betreffenden Arbeiter bezahlt werden. Mit der Entwicklung der Steinindustrie (maschinelle Einrichtung u. dergl.) haben die Löhne nicht Schritt gehalten, das muß in Kürze nachgeholt werden. Im Fichtelgebirge ist die Lage für uns nicht danach, den Kopf hängen zu lassen, aber das ist Bedingung, daß die Kollegen Arbeit ergreifen müssen, wo sich ihnen dieselbe nur bietet, wenn die Arbeiter abreisen, werden wohl die Unternehmer einsehen, daß es uns bitter ernst ist, von unserm gerechten Verlangen nicht das geringste abzulassen. Der Kampf muß mit aller Energie durchgeführt und zu einem siegreichen Ende geführt werden! Der reiche Beifall bewies, daß der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

Sprochhövel. Die am 28. April stattgefundene Versammlung erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuchs. Es stand ein Referat unseres Gauleiters Hermann zur Tagesordnung. Er sprach über die Lohnsysteme. Den gut durchdachten Darlegungen, welche in meisterhafter Weise zum Vortrag gebracht wurden, wurde lebhafter Beifall zuteil. Erfreulich war es, daß sich wieder neun Kollegen unserm Verband anschlossen. Daß der Verband mit seinem Vorgehen schon einen sehr netten Erfolg erzielt, geht daraus hervor, daß bei einigen Firmen der Stundenlohn schon auf 60 Pfg. getrieben werden konnte. Bei den anderen Firmen werden wir versuchen, baldigst dasselbe zu erreichen. Nach einem Schlußwort des Gauleiters fand die äußerst interessante Versammlung ihr Ende.

Strasbourg. Am 23. April fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig. Der Kassierer Hoß verlas die Abrechnung vom ersten Quartal. Dieselbe war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Es wurde jedoch von den Revisoren beanstandet, daß noch immer sehr viele Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind und es wäre sehr zu wünschen, daß die Restanten sofort ihren Verpflichtungen nachkommen würden. Ferner sind auch in letzter Woche wieder zwei Maßregelungen vorgekommen, dieselben konnten auf gültigem Wege erledigt werden, da auf Platz Schwing eine Entschädigung bezahlt wurde, und bei Stecher die betreffenden Kollegen wieder arbeiten konnten. Auch haben wir wieder Tarifstreitigkeiten auszufechten, da auf dem Arbeitsplatz Gunderloch die Lager am Hauptgeis nicht nach Pos. 9, sondern nach Pos. 11 bezahlt wurden. Da wir uns aber dieses nicht bieten lassen können, wurde beschlossen, sofort beim Schiedsgericht vorstellig zu werden, um die Sache zu regeln. Des weiteren wurde beschlossen, jeden ersten Dienstag im Monat eine Versammlung abzuhalten. Kollege Armbruster stellt den Antrag, daß fernerhin in jeder Versammlung von den Platzvertretern Bericht über die Zustände ihrer Wertplätze erstattet werden soll. Der Antrag fand Annahme.

Anmerkung des Schriftführers. Die Geschäftslage ist hier eine sehr schlechte, so daß sehr viele hier anständige Kollegen gezwungen sind, auswärts zu arbeiten. Doch ist zu hoffen, daß es in nächster Zeit etwas besser wird, was sehr zu wünschen wäre.

Stuttgart. Die gemeinschaftliche Versammlung der Steinhauer und Marmorarbeiter am 24. April hätte sich, schon der ersten Situation wegen, eines besseren Besuchs erfreuen können. Der Vorsitzende der Steinhauer gab eine Uebersicht über den Stand der Lohnbewegung im Baugewerbe. Dieselbe spitzte sich in letzter Zeit derartig zu, daß wir eine Aussperrung zu erwarten haben. Die Unternehmer verlangen von den Maurern und Zimmerern einen klipp und klaren Verzicht der Arbeitszeitverkürzung und des achtstündigen Arbeitstages, bevor in Verhandlungen eingetreten wird. Größere Versammlungen vom 13. April auch beschlossen, ihre Vertreter ohne bindende Marschroute zu den Verhandlungen zu entsenden, und um auch der Öffentlichkeit gegenüber zu zeigen, daß wir gewillt sind, einen Arbeitsvertrag abzuschließen. Die Leiter der Organisationen hatten alle Mühe, um diesen Gebanten bei ihren Mitgliedern durchzubringen; trotzdem lief die Antwort ein, wenn bis zum 30. April kein Vertragsabschluss zustande kommt, sie (die Unternehmer) am 1. Mai die den Organisationen angehörenden Arbeiter entlassen werden. Der anwesende Gauleiter Braum aus Strasbourg wies auf die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung hin und wir durch das gemeinschaftliche Arbeiten mit den Maurern und Zimmerern selbstverständlich das Vorgehen derselben unterstützen müssen. Das Unternehmertum leidet einfach an Aussperrungstoller, was die großen Aussperrungen überall beweisen. Es wurden dann die Kollegen noch darauf aufmerksam gemacht, bei etwaigem Vorliegen eines Reverses seitens der Arbeitgeber ja nichts zu unterschreiben; auch haben die Kollegen, die bei den Unterassordanten in Arbeit stehen, die Arbeit niederzuliegen, sobald es bei den übrigen Baufirmen zur Aussperrung kommt. Die von der Lohnkommission vorgeschlagene Resolution, die schon tags zuvor von den Maurern und Zimmerern angenommen wurde, ist auch von den Steinhauern einstimmig angenommen worden. Im 2. Punkt der Tagesordnung: Die Verschmelzung der beiden Zahlstellen, gibt der Kassierer der Zahlstelle I die Abrechnung vom 1. Quartal. Er hatte eine Einnahme von 500.70 Mark und eine Ausgabe von 423.03 Mark, bleibt ein Ueberschuß von 77.67 Mark. Von den Revisoren wurden Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden. Seitens der Zahlstelle II konnte kein Kassenbericht gegeben werden, da der Kassierer auf Montage ist. Es gibt hierauf der Vorsitzende Bantle eine Uebersicht über die Verhältnisse bei den Marmorarbeitern. Auch hierin ist vieles faul, und sollte ein besserer Zusammenhalt und mehr Energie unter den Kollegen vorhanden sein. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Ellwanger, 2. Bantle, Kassierer Bloß und Unterassordant Finzer; zu Schriftführern Delfzug und Maier; Revisoren Schwohl und Daunquart.

Weiter wird uns geschrieben: Daß nun mit der Aussperrung einzelner Scharfmacher nicht alle Stuttgarter Unternehmer einverstanden sind, hat die am Mittwoch, den 24. April, tagende Versammlung der Arbeitgeber bewiesen. Diese Versammlung muß einen tumultuariischen Verlauf genommen haben, denn verschiedene Arbeitgeber waren mit dem Vorgehen des Ausschusses des Baugewerkevereins nicht einverstanden. Dieselben erklärten, daß, wenn es nicht zu Verhandlungen kommen sollte, sie aus dem Baugewerkeverein austreten werden. Aber auch hier kann man wieder sehen, wie ungerecht es ist, wenn den Arbeiterorganisationen immer Terrorismus vorgeworfen wird, denn in diesen Organisationen wird über alles vorher, ehe was inszeniert wird, die Versammlung gehört, und erst das, was dort beschlossen wird, ist maßgebend für die Mitglieder. Anders ist es dagegen im Baugewerkeverein Stuttgart, da ist der Ausschuß derselben berechtigt, eine Aussperrung ins Land hinauszuposaunen, ohne nur auch vorher seine Mitglieder darüber zu hören, ob sie damit einverstanden sind oder nicht. Auf welcher Seite nun Terrorismus getrieben wird, zeigt sich von selbst. Daß es nun hier den Arbeitgebern im Baugewerbe nicht allen gleichgültig ist, was geschieht, geht schon aus diesem hervor, daß der Ausschuß schon am 25. April uns wieder eine Mitteilung zugehen ließ, in welcher nun endlich doch Verhandlungen angebahnt werden sollen. Wir sehen zwar einer kritischen Zukunft entgegen, hoffen aber, daß wir den Streich, den uns die Stuttgarter Unternehmer versehen wollen, richtig abzuwehren verstehen. Die Unternehmer wissen auch ganz genau, daß die Öffentlichkeit auf Seiten der Arbeiter ist, denn die Presse verurteilt es auch, wie rüchhaltslos man gegen die Arbeiter von Unternehmerseite aus vorgeht.

Rundschau.

Was Streikbrecher für Subjekte sind. Im Jahre 1905 führten unsere Kollegen in Blaubeuren (Württemberg) einen Streik mit vollem Erfolg durch. Von 58 Streikenden wurden nur 3 zum Verräter an der Arbeitersache, darunter figurirte auch der Steinmeß Mann, damals noch ledig, welcher wochenlang die Streikunterstützung einsteckte und dann Streikbrecherdienste bei der Firma Schwenk leistete. Daß Mann ein äußerst roher Patron ist, geht daraus hervor, daß er am 2. Mai mittels Gummschlauchs sein Kind totschlug. Der Grund zu dieser unmenschlichen Tat lag darin, daß ihn das Kind im Schlafe störte. Mann sitzt hinter Schloß

und Kiesel. Sollten dem Mann vielleicht mildere Umstände zugebilligt werden, weil er vor zwei Jahren zum Verräter seiner Arbeitsbrüder wurde?

Ob die Unternehmer auf solche Arbeitswilligensubjekte stolz sein können, ist doch sehr fraglich. Dieser Fall beweist wieder, daß nur die charakterlosesten Subjekte die Rolle von Arbeitswilligen spielen.

Von einer riesigen Ausdehnung der Granitindustrie in der sächsischen Lausitz kann sehr wohl gesprochen werden. Im Jahre 1906 wurden allein in Demitz-Thumitz 1300 Waggonladungen Steine verladen; dabei wurde von den Unternehmern noch über Wagenmangel geklagt. Die Steinindustrie nimmt in der Lausitz an Ausdehnung zu, aber nur ein Teil der Kollegen findet Veranlassung, trotz der miserablen Löhne, sich zu organisieren.

Wir agitieren auch für die Unternehmer. Im bayerischen Wald konnte die Unternehmerorganisation nicht recht in Fluß kommen. Das wurde nun mit einem Schlage anders. Seit Jahresfrist bestehen in Metten, Edenstetten, Blaubeurg usw. gute Zahlstellen des Steinarbeiterverbandes. Diese Tatsache genügt, daß der Steinmetzmeisterverband mit dem Sitz in Berlin in kürzester Zeit die meisten niederbayerischen Steinmetzmeister und Bruchbesitzer seiner Organisation zuführen konnte. Es haben sich nun kürzlich folgende Firmen dem Unternehmerverband angeschlossen: Bayerische Granit-Aktiengesellschaft in Regensburg (Fillaalen in Blaubeurg, Metten, Bischofsen usw.), Niederbayerische Granit-Aktiengesellschaft P. Adler in Metten, M. Hofmarktschreiber, Steinmetzmeister in Metten, Martin Steinmetzmeister in Metten, Alois Prebeck, Steinmetzmeister in Weibing, Granitwerke Ruhmannsfelden. S. Eckert, Granitwerke Fürsteneck, W. Fein, Granitwerke Kinatader in Hauzenberg.

Weiter sind genannter Unternehmervereinigung beigetreten: Granitwerke Hack u. Dorner in Nürnberg, E. Krause, Granitwerk in Ströbel, Bezirk Breslau, Gebr. Spielvogel, Steinmetzmeister, Berlin, D. Lübsen in Berlin-Wilmersdorf, P. Briesemann in Forst, Lausitz.

Der Steinmetzmeisterverband wird uns sicherlich dankbar sein, daß wir ihm so viele Mitglieder in letzter Zeit zugeführt haben.

Ein Arbeiterleben vernichtet — 150 Mk. Geldstrafe
Der Kommerzienrat Anton Lang in Rehlheim ist Besitzer und Leiter eines Steinbruchs, in dem am 20. Februar 1906 der Arbeiter Weber durch herabfallendes Steingeröll getötet wurde. Die Gewerbeordnung und auch Bestimmungen der Kreisbehörde von Niederbayern bestimmen, daß das herabfallende Steingeröll durch Mauern in seinem Laufe gehemmt und das Steingeröll hinter den Mauern abgeräumt werden muß. Nun war zwar an der Unfallstelle eine solche Trodenmauer, aber das Geröll hatte sich bereits so hoch wie die Mauer dahinter angehäuft. So kam es, daß ein Stück des herabfallenden Gesteins den Weg über die Mauer nehmen konnte und — ein Arbeiterleben vernichtete. Im Urteil des Landgerichts in Regensburg vom 12. Dezember 1906 wird u. a. gesagt, daß im Steinbruch des Kommerzienrats allgemein der Abraum mangelhaft sei. Jedes Jahr verunglückten dort ein paar Arbeiter. Angeklagt war der Herr Kommerzienrat wegen fahrlässiger Tötung, aber verurteilt wurde er — zu 150 Mk. Geldstrafe wegen Vergehens gegen den § 120 e der Gewerbeordnung. Das Gericht war der Meinung, daß Lang zwar gegen die Vorschriften der Gewerbeordnung sich vergangen hätte, daß aber „ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Unterlassung und der Tötung des Arbeiters nicht festgestellt sei“. Der Herr Kommerzienrat war offenbar der Meinung, daß er mit 150 Mk. Geldstrafe noch zu hoch verurteilt sei, denn er hatte Revision beim Reichsgericht eingelegt. Diese wurde allerdings in der verfloffenen Woche vom 1. Straffenat verworfen.

Darf dem Arbeiter gekündigt werden, weil er sich weigert, aus einer Organisation auszutreten? (Gewerbeordnung §§ 152, 153. Urteil des Gewerbegerichts für den Amtsbezirk Heddinghausen.)

Kläger war als Zementarbeiter im Dienste des Beklagten. Er hatte sich im Februar 1907 mit einigen andern dem Zentralverband christlicher Keramarbeiter angeschlossen. Er behauptet: der Beklagte (der Unternehmer) habe ihnen durch den Meister etwa am 20. Februar erklären lassen, sie sollten aus dem Verbands austreten, sonst werde er ihnen kündigen. Am 28. Februar habe S. gesagt, sie sollten austreten, oder sie müßten in 14 Tagen aufhören. Am 11. März sei er (Kläger) entlassen unter Auszahlung des Lohnes bis zum 15. März. Die Neuherung des S. vom 28. Februar enthalte keine rechtswirksame Kündigung, weil die in ihr enthaltene Drohung gegen die durch die §§ 152, 153 der Gewerbeordnung gewährte Koalitionsfreiheit verstoße. Er beanspruche Schadenersatz wegen vorzeitiger Entlassung, bestehend in dem Tagelohn für 14 Tage vom 11. März ab, auf welche jedoch der bis zum 15. März gezahlte Lohn gekürzt werden könne.

Der Beklagte hält sich für berechtigt, seinen Arbeitern auch wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation zu kündigen.

Die Klage ist abgewiesen.
Entscheidungsgründe: Nach der heutigen Rechtslage ist das Verhalten des Beklagten kein rechtswidriges. Der § 152 der Gewerbeordnung spricht nur von der Aufhebung der gesetzlichen Verbote und Strafbestimmungen gegen die sogenannte Koalitionsfreiheit, während der § 153 a. a. D. denjenigen unter Strafe stellt, der einen andern durch Drohungen u. a. bestimmt oder zu bestimmen versucht, an den in § 152 a. a. D. bezeichneten Verabredungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder einen andern hindert oder zu hindern versucht, von jenen Verabredungen zurückzutreten. Es solcher Tatbestand ist hier nicht gegeben; der Beklagte bezweckte mit seiner Drohung den Austritt der Arbeiter aus der Organisation, ein Fall, der in den §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung nicht vorgesehen ist.

Dieses Urteil entnehmen wir der Wochenschrift Das Gewerbegericht. Wenn einzelne Unternehmer sich noch immer unterziehen, Arbeiter wegen Ausübung ihres Koalitionsrechts zu entlassen, so zeugt das von einer brutalen Rohheit und sozialen Rückständigkeit der Betroffenen. Starke Arbeiterorganisationen sind der beste Damm, um solche Unternehmerrückständigkeit abzuwehren.

Einen Tarifbruch begangen die Chemnitzer Malermeister durch die Aussperrung ihrer Gehilfen. Der vor

drei Jahren abgeschlossene Tarifvertrag hat Gültigkeit bis 13. Mai d. J. Trotzdem veruchten die Meister mitten in den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über einen neuen Tarif und vor Ablauf des alten, durch die Aussperrung der Gehilfenschaft einen von dieser noch nicht genehmigten Tarif aufzuzwingen. In einer nun stattgefundenen Gehilfenversammlung wurde beschlossen, den Meistertarif besonders in Rücksicht auf den Tarifbruch abzulehnen, wodurch die Aussperrung schärfere Formen annehmen dürfte. Jetzt kommt es immer häufiger vor, daß die Unternehmer die Tarife brechen; Anstand, gute Sitte und moralisches Ehrgefühl scheint sich ja bei diesen Herren immer mehr zu verringern.

Auch die Steinarbeiter tun gut, besonders jetzt für eine strikte Bezahlung der Tarife einzutreten, dann vergeht auch unsern Meistern am ehesten die Luft, die getroffenen Abmachungen zu umgehen.

Wie eine königliche Behörde über Not und Glend ihrer Arbeiter hinweghilft. Fortwährend petitionieren, bitten und betteln die Arbeiter beim Bahnunterhaltungsdienst Kempten (bair. Schwaben) um Erhöhung des Lohnes. Aber alles hilft nichts, es bleibt bei einem Tagelohn von 1.70 Mk. Jetzt endlich soll den Arbeitern geholfen werden. Die königl. Behörde erließ für die 200 in Betracht kommenden Arbeiter eine Bekanntmachung, daß in Zukunft nur mehr als zwei Drittel des verdienten Lohnes als Vor-schuß ausbezahlt werden dürfen, „da andernfalls die Leute am Tagelohn fast nichts mehr bekommen und Schulden, Not und Glend die Folgen dieses leichtfertigen Vorgehens sind.“ — Diese königliche Behörde kennt die Schicksalgeduld ihrer Arbeiter, sonst würde sie eine solche Verordnung nicht erlassen haben.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Adressen-Änderungen.
Hamburg II. Vorf.: Gustav Franz, Karolinenstr. 27, III. I.
Springe. Vorf.: Karl Umland, Feldstraße 17.
Stettin. Kass.: Paul Sacke, Lange Straße 88, III.
Blauenburg. Vorf.: Wilhelm Draber, Altstädtischer Kiez Nr. 28.
Treußlingen. Kass.: Johann Pfeiffenberger, Luitpoldstraße 320, II.
Eproshövel. Vorf.: Heinrich Schnellenbach.

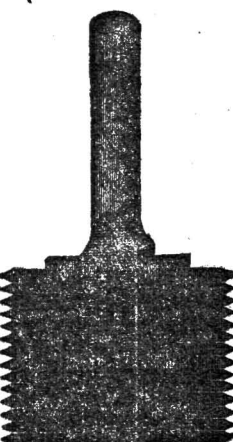
Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Steinarbeiter Meissen II.

Sonntag, den 12. Mai, nachm. 1/3 Uhr
Öffentliche Versammlung
im Dampfschiff-Restaurant von Kunze in Zehren.
Kollegen erscheint massenhaft. Der Vertrauensmann.

Zentralverband d. Steinarbeiter Deutschlands
= Zahlstelle Altneinungen und Umgebung. =
Am 2. Juni
Stiftungs-Fest mit Ball
in Hertlingshausen.
Festrede: Gauleiter Kollege Kraft-Mannheim.
Die Arbeitervereine unserer Umgebung werden gebeten, sich am Feste zahlreich zu beteiligen.
Der Festausschuss.



Albert Baumann
Werkzeug-Fabrik
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jadetts, Hosen
Emil Keidel, Hamburg 6
= Bartelsstraße 101. =

Geübte Steinbruchsschmiede
werden in guilohnende und dauernde Arbeit gesucht vom
Reißner Granitwerk, Oswald Köhler
Meißen (Sachsen).

20 tüchtige Steinmetzen
sodort gesucht
Seeberger Sandsteinwerk
Alfred Rossfeld in Gotha.

Quittung.
Eingegangene Gelder vom 29. April bis mit 4. Mai 1907.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate.)
Garg, B. 2.75; Berlin I, Ins. 14.80; Baumholzer (Diabag-Werke), Ins. 2.10; Göttingen (Lübeck), Ins. 5.—; Berlin (Laubert), Ins. 2.85; Tittling, B. 49.02, E. 2.—, K. 2.40; Striegau, B. 1199.94; Osterwald, B. 27.72, E. 0.50, K. 5.80; Neustadt a. S., B. 42.—, E. 0.50, K. 35.—; Freiburg i. Br., B. 460.—, E. 10.—; Ebenorf, B. 83.60, E. 2.50, K. 3.20; Braunschweig, B. 116.—, K. 10.80; Altneinungen, B. 68.—, K. 20.—; Faulbach, K. 50.—; Heppenheim, B. 20.—; Hamburg I, B. 460.—, K. 10.—; Kiel, B. 230.—, K. 2.—; Kappelrobed, B. 230.—; Kleinheubach, B. 42.—; Leipzig I, B. 460.—, K. 40.—; Meißen I, B. 460.—, E. 15.—, K. 40.—; Eproshövel, B. 92.—; Stuttgart II, B. 141.54, E. 7.50, M. 1.50, K. 1.90; Treuülingen, B. 74.06, K. 4.10; Balbheim, B. 5.50; Rontz, B. 17.15; Altenrütben, B. 495.—; Wachen, B. 5.—; Dannenberg, B. 5.60; Lebrte, B. 7.15; Bracke, B. 2.40; Lübeck (Granit-Industrie), Ins. 8.—; Hertlingshausen (Holl), Ins. 1.80; Wolfshagen (Pages), 2.80; Maasdorf, B. 3.20; Garg, B. 19.65; Finsterwalde, B. 7.15; Herford, B. 6.20; Burgoberbach, B. 5.—; Lüneburg (Streitunterstützung zurück), 10.60; Bad Nibling, Ins. 2.10; Steinwiesen, Ins. 8.10; Reinheim (Frohmann), Ins. 6.30; Wolfshagen, B. 126.—, E. 8.50, K. 2.—; Schüren, B. 92.—, K. 5.—; Seebergen, B. 14.72, K. 1.60; Reunborf II, E. 80.—, K. 20.—; München, B. 29.90, K. 10.—; Künbad, B. 95.—, K. 5.—; Kaiserlautern, K. 20.—; Krippen, K. 10.—; Herbede, B. 157.—, K. 9.—; Hedenau, B. 160.08; Eberbach a. Ober, B. 112.10, E. 9.50, K. 5.50; Duisburg, B. 46.—; Beda, K. 20.—; Baumholzer, B. 10.12, E. 1.50, M. 2.—, K. 1.10; Bensheim, B. 70.98, M. 1.65, K. 11.20, Ins. 8.40; Annaberg, K. 10.—; Troszig, B. 42.—, K. 8.—; Gelnhausen, K. 10.—; Garg, K. 10.—; Gummelingen, K. 20.—; Ströbel, B. 570.—, E. 9.—, K. 2.20; Straburg, B. 460.—, K. 50.—; Sternensfeld, B. 57.—; Marburg, B. 34.96, M. 0.30, K. 4.—; Leipzig II, 10.—; Berlin II, B. 103.50, E. 1.50; Karlsruhe (Voerer), Ins. 48.—; Hamburg (Ehler), Ins. 17.28.

Ludwig Geiß, Kassierer.
Briefkasten.
Abblig. Stempel Kranl und Arbeitslos werden nicht mehr geliefert. Es sind ja Erwerbslosenmarken zu kleben. — Meister H. Da Sie streikende Kollegen nicht einstellen, können auch wir Ihre Annonce nicht veröffentlichen. — Osenburg. Glückwünsche Inzerate einzurücken lehnen wir ab. — S. Gannover. Wird bald erbleibt. Vielen Gruß. — Heideberg. Solche Anzeigen müssen wir nicht mehr bekannt. — Hildesheimer Bildhauer. Wir geben aber schon für die Zukunft dringender bitten, daß uns ebenfalls Originalberichte zugesandt werden. So viel Zeit, um einen solchen Bericht liefern zu können, muß doch jede Streikkommission haben. Wir erwarten für die nächste Nummer einen kurzgehaltenen Situationsbericht.

20—30 tüchtige Sandsteinmetzen
sodort gesucht. (Es wird nach dem neuabgeschlossenen Tarif bezahlt.)
Hermann Dost, Steinmetzgeschäft, Chemnitz
Dresdner Straße.

Pflastersteinschläger
Auf unserem Werke bei Lichtenau i. Schlesien stellen wir tüchtige Pflastersteinschläger (auf Kleinpflaster, Mosaik, Kopfsteine, Reibensteine eingearbeitet) bei hohen Aufträgen ein. Reisefreien werden gewährt. Wohnungen sind vorhanden.
Holzamer, Bauer & Co., G. m. b. H.
Basaltsteinbrüche.

Tüchtiger Marmorarbeiter
welcher im Versehen geübt sein muß, für sodort gesucht.
Hermann Sacke Nachf., Leipzig
Gutritscher Straße 3.

6 tüchtige Handschleifer
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Granitwerk Steinerne Renne (A. G.)
Gasserode (Hart).

Mehrere tüchtige Steinmetzen
auf schwedischen Granit eingearbeitet, sodort auf dauernde Arbeit gesucht
Karl Heinig, Granitwerk
Rostof (Mecklenburg).

Ein Steinmetz
tüchtiger Granitkristallbauer und Verzierungsarbeiter wird als erster in der Nähe von Berlin für dauernde Stellung verlangt. Offerten unter M. S. an die Expedition des Steinarbeiter.
Wer den Aufenthalt des Steinmetzen
Adam Joseph Brehl
kennt, mag sodort an Unterzeichnete Mitteilung gelangen lassen.
Frau A. Brehl, Gmden (Ostfriesland)
Schulstraße 36.

Sterbetafel.
(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Bad Dürkheim. Am 28. April verstarb nach einjährigem Leiden unser Kollege Peter Mayer im Alter von 81 Jahren an der Berufskrankheit.
Zimenau (Thür.). Am 4. Mai verstarb unser Kollege Max Prozenius nach 14tägiger schwerer Lungenkrankheit.
Leipzig I. Am 3. Mai verstarb unser Kollege Gustav Knorr im Alter von 48 Jahren.
Neuforg. Am 30. April starb unser Kollege Clement Pickert nach 2jährigem Ersticktum an der Berufskrankheit im Alter von 59 1/2 Jahren.
Striegau. Am 1. Mai starb unser Kollege Heinrich Kriake im Alter von 37 Jahren, nach 35 wöchentlicher Krankheit an Lungenschwindsucht.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Feier des 1. Mai.

Die Maiseier der Arbeiterklasse ist schön und würdig verlaufen. In allen Städten und bis hinaus in die kleinsten Ortschaften ist das Fest gefeiert worden, das sich die Arbeiterschaft selbst schuf und das den großen Kulturforderungen des Proletariats gewidmet ist. Ueberall zur gleichen Stunde hat die Arbeiterschaft ihre Forderungen von neuem erhoben und die treue Fortführung ihres Kampfes gelobt.

Die Arbeitsruhe hat wohl im allgemeinen nicht in dem Maße stattgefunden, als in einigen früheren Jahren. Da immer wieder und in diesem Jahre wohl noch heftiger als je zuvor das Unternehmertum die Arbeitsruhe am 1. Mai als eine Machtfrage auffaßte und die schwersten wirtschaftlichen Kämpfe herauszufordern bereit war, so wählte die Arbeiterschaft die besonnene Zurückhaltung und vermied Kämpfe, deren Ertrag in keinem Verhältnis zu den Opfern stehen würde. Die Arbeiterklasse zeigt sich auch hier als wahre Ordnungsmacht, während die Kapitalistenklasse es ist, die den Arbeitern nicht einmal gönnt, einen ihren besten Ideen geweihten Festtag gebührend zu begehen, und nur auf den Augenblick lauert, ihre Gewaltgelüste gegen die Lohnuntertanen auszutoben.

Sehr erfreulich ist es, daß sich an der Maiseier besonders die Steinarbeiter recht zahlreich beteiligten, wie dies aus untenstehenden Berichten deutlich hervorgeht. Die Herren vom Steinmetzmeisterverband, die sonst auf ihren Verbandstagen äußerst scharfe Resolutionen annehmen, die besagen, daß Unternehmer keine Maiseier dulden dürfen, haben mit ihrem „papierernen“ Erlaß auf die Steinarbeiter keinen Druck ausüben können. Gerade in Berlin, Leipzig, Pirna, Bunzlau, Warthau usw., wo die Hauptmatadore des Steinmetzmeisterverbandes sitzen, feierten unsere Kollegen den 1. Mai durch eine streng durchgeführte Arbeitsruhe. Die Unternehmer aus diesen Orten werden sicherlich auf ihrer nächsten Tagung wieder gegen die Maiseier Front machen, oder besser gesagt, andre Meister „scharf“ machen, welche die Beschlüsse durchführen sollen, denen sie als „Arbeitgeber“ keinen Nachdruck verleihen können.

So hat auch diese Maiseier sich zu einer bedeutungsvollen Demonstration für den wesentlichsten Gedanken der Arbeiterbewegung gestaltet. Die Forderung vor Schwere der menschlichen Arbeitskraft, des einzigen Besitzes der Millionen Beschäftigten, wurde von neuem nachdrücklich erhoben, eine Forderung, die gerade gegenwärtig um so eifriger sich Geltung verschaffen muß, da die kapitalistischen Parteien sich in reichlichen Versprechungen überboten haben, die Sozialpolitik zu fördern, da sie aber bisher im Parlament von der Erfüllung ihrer Versprechungen nichts haben merken lassen. Ebenso war es von höchst aktueller Bedeutung, daß die Arbeiter aller Länder an diesem Tage ihr Bekenntnis zu ernster Friedensförderung von neuem ablegten, ihre Beurteilung der Völkervereinigung und Weltkriegsrisikungen von neuem laut werden ließen. Während die Regierungen und die kapitalistischen Parteien durch ihre verfehlte Politik die Spannungen unter den Nationen verschärfen, während unter ihren Händen eine angebliche Friedenskonferenz zum Unluge neuer Konflikte wird, hat sich als wahrhaft internationale Friedenskonferenz der Weltfeiertag der Arbeiter aller Länder bewährt.

Das Maisefest hat die Arbeiterschaft durch wunderliche Beschäftigungen ihres kämpferischen Weges begleitet. Es war ein Tag froher Feier, wenn wir wieder ein Stück nach vorwärts gedrungen waren, es war aber auch ein Tag der Stärkung und Stählung, wenn wir uns in schweren, ernsten Kämpfen befanden. Stärkung und Stählung quillt auch in diesem Jahre vom Maisefest in die tapferen Scharen der proletarischen Kolonnen.

Wir lassen nun die Berichte folgen, die aus den einzelnen Gattungen zugehen. Die Berichte mußten wir allerdings mächtig zusammenstreichen, was die Schriftführer wohl entschuldigen werden.

Alt-Warthau. Der Weltfeiertag wurde hier bei schönem Wetter festlich begangen. Ein Kollege aus unserer Mitte hielt eine äußerst zündende Ansprache. Er schilderte in begeistertsten Worten die Bedeutung dieses Tages, streifte dann weiter die allgemeine politische Lage und betonte, daß es mit dem Niederkommen der Arbeiterpartei nicht weit her sei. Er gedachte auch des feigen Gendarmhändlers in Breslau. Redner fügte hinzu, daß die Steinmetzen von Alt-Warthau durch die Macht ihres Verbandes beinahe seit einem Jahre den Achtstundentag bereits errungen haben. Die Feier verlief glänzend, auch viele Landproletarier fanden sich am Abend ein.

Auc. An der Maiseier nahmen 40 Kollegen teil. **Berned.** Die Streikenden fanden sich am Weltfeiertag gemeinschaftlich zu einer Versammlung zusammen. Trotz des Streikes, der schon sieben Wochen andauert, war die Stimmung eine sehr gehobene.

Braunenburg (Oberbahren). Auf allen Werkplätzen herrschte Arbeitsruhe. Die Verbandsmitglieder versammelten sich um 9 Uhr im Gasthof Höcker, worauf Kollege Gierste in einfachsten Worten die Bedeutung des Tages schilderte. Nachdem machten die Demonstranten einen Ausflug nach Fischbach.

Braunenburg. Der Beschluß, den Weltfeiertag durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern wurde von sämtlichen Verbandskollegen ausgeführt. Komplikationen mit den Meistern entstanden nicht.

Berlin. Bei der Maiseier gingen die Filialen I und II gemeinschaftlich vor. Unsere in der Kronenbrauerei Alt-Moabit abgehaltene Versammlung ist großartig verlaufen. Der Besuch war äußerst gut, zirka 900 Personen, lauter Steinarbeiter. Das Referat der Genossin Dr. Wehl wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hatten wir trotz der Flaumacherei des Parteienverbandes nicht mit einer Abschwächung der Feier gerechnet, so sind wir doch sehr angenehm überrascht über den günstigen Ausfall. Ausgespart haben drei Firmen mit 45 Mann: Friesedde, Kunststeinfabrik 3 Mann (Schleifer) 3 Tage, Altiergesellschaft für Marmorindustrie, Pfeifer, 29 Mann 8 Tage, Otto Cassel, Steglitz, 18 Mann 2 Tage, Summa 45 Mann. Davon entfallen auf Steinmetzen 22, auf Schleifer 23 Kollegen. Die Firma Deutsche Steinindustrie vormals Schleifer hat, im Gegensatz in diesem Jahre nicht ausgespart, ob aus Rücksicht

auf die gute Konjunktur oder auf das feste und einmütige Zusammenhalten der dort beschäftigten Kollegen, vermögen die Kollegen nicht festzustellen.

Blankenburg. 18 Kollegen begingen durch Ruhenlassen der Arbeit die Maiseier.

Bremen I und II. Trotzdem die Arbeitgeber etliche Tage vor dem 1. Mai mitteilten, daß diejenigen, die den 1. Mai feiern, drei Tage ausgespart würden — was die Herren in diesem Jahre wahr gemacht haben —, hielten die Kollegen den gefassten Beschluß hoch und feierten, bis auf einige Verbandsmitglieder in der Marmorbranche. Die Organisation der Kollegen ist hier so gefestigt, daß sie einen solchen Puff leicht ertragen kann.

Demitz-Thumitz. Zum erstenmal wurde hier der Weltfeiertag des Proletariats gefeiert. Etwa 60 Kollegen, teilweise mit ihren Frauen, beteiligten sich am gemeinschaftlichen Spaziergang nach Neu-Schmölln, woselbst Konzert stattfand. Die für den Abend anberaumte Versammlung, in welcher Genosse Wlitz-Dresden referierte, war von ungefähr 300 Personen, meist Steinarbeitern, besucht.

Bunzlau. Sämtliche beschäftigten Steinmetzen, etwa 110 an der Zahl, ließen am 1. Mai die Arbeit ruhen. Nachmittags fand ein gut verlaufener Kommerz statt. Maßregelungen fanden erfreulicherweise nicht statt. Auch hier haben wir schon seit einem Jahre den Achtstundentag errungen.

Deutmannsdorf (Schlesien). Alle 40 beschäftigten Kollegen feierten am 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe. Nachmittags unternahm die Demonstranten einen Ausflug nach der herrlich gelegenen Gröbzigburg.

Dresden. In imposanter Weise verlief hier die Maiseier, etwa 500 Kollegen ließen die Arbeit ruhen. Die Steinarbeiter von Dresden lassen sich den Weltfeiertag nicht mehr aus den Herzen reißen, denn schon seit 10 Jahren wird der proletarische Festtag von uns in der herkömmlichen Weise begangen.

Duisburg. Die Steinarbeiter feierten am 1. Mai teilweise. Die Kollegen geloben, in Zukunft eine allgemeine Arbeitsruhe durchzuführen.

Düsseldorf II. 32 Kollegen der Marmorbranche ließen am 1. Mai die Arbeit ruhen.

Eberbach. An der Maiseier nahmen 62 Kollegen, meist Italiener, teil. Es referierten Gauleiter Krafft und Genosse Verini; letzterer in italienischer Sprache.

Erfurt. An der Maiseier mit voller Arbeitsruhe nahmen 50 Kollegen teil.

Frankfurt a. M. Am Weltfeiertage des Proletariats beteiligten sich 80 Kollegen. Die Maiseier schlägt feste Wurzeln trotz alledem.

Gotha. Alle Kollegen, 40 an der Zahl, feierten den 1. Mai. Zum erstenmal konnte im eignen Heim, im Gewerkschaftshaus, die Feier stattfinden. In der Versammlung nahmen Tausende von Personen teil. Landtagsabgeordneter Voss referierte.

Göttingen. Durch Arbeitsruhe wurde der 1. Mai hier nicht gefeiert. Aber am Abend fand eine öffentliche Festversammlung statt. Es waren ungefähr 200 Personen anwesend. Gauleiter Wielig referierte. Sturmischer Beifall wurde ihm zuteil, als er seinen 1½stündigen Vortrag schloß.

Hamburg II. Trotz der ungünstigen Witterung hat die Arbeiterschaft Hamburgs auch in diesem Jahre den 1. Mai durch einen imposanten Demonstrationzug feierlich begangen. Auch die Marmorarbeiter haben diesen internationalen Weltfeiertag durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert, am Zuge nahmen zirka 90 Kollegen teil. Einige Firmen erlaubten sich eine kleine Gegendemonstration, indem sie die bei ihnen beschäftigten Kollegen einen Tag ausgesparten.

Heppenheim. Die Arbeitsruhe war am 1. Mai vollständig. Genosse Hammer-Offenbach hielt ein zündendes Referat.

Jena. Hier ruhte am 1. Mai teilweise die Arbeit.

Kappelrodek, Ottenhöfen und Seebach. Die Maiseier wurde durch allgemeine Arbeitsruhe begangen. Versammlungen fanden statt in Waldau und Ottenhöfen. Gauleiter Braun und Genosse Ciniselli-Zürich legten in deutscher und italienischer Sprache die Bedeutung der Maiseier unter Beifall der Versammelten dar. Beteiligt waren etwa 200 Kollegen. Als außergewöhnlich entgegenkommender Arbeitgeber bewies sich Herr Burger-Fürstendach. Weil seine Arbeiter auch an der Feier teilnahmen, so ließ er uns seine Machtstellung fühlen und sperrte zwei Tage aus.

Die Maiseier verlief in den hiesigen Schwarzwaldbahnhöfen herrlich; daß unser Verband auch hier eine sichere Grundlage hat, bewies das schöne gesellige Zusammensein der deutschen und italienischen Kollegen.

Kelheim a. d. D. 29 Steinmetzen feierten mit den Mauern durch Arbeitsruhe den 1. Mai. Kommerzienrat Vater Lang ließ die Kollegen zu ihrer Gesundheit noch einen Tag ausruhen.

Kiel. Etwa 70 Verbandskollegen begingen in festlicher Weise den proletarischen Weltfeiertag. Nur mehrere Schleifer fügten sich dem in der letzten Versammlung gefassten Beschluß nicht, trotzdem sie damals selbst für Arbeitsruhe votierten.

Lahr (Baden). Auf sämtlichen Werkplätzen ruhte am Weltfeiertag die Arbeit.

Langelshaus (Braunschweig). Hier konnte nur teilweise die Arbeit ruhen.

Leipzig I. Weit über 200 Verbandskollegen feierten am 1. Mai. Durch den soeben abgeschlossenen Tarifvertrag wurde für die Steinmetzen die tägliche achtstündige Arbeitszeit eingeführt.

Löbau. Am 1. Mai nachmittags ließen hier 60 Kollegen die Arbeit ruhen und beteiligten sich an dem vom Gewerkschaftskartell festgesetzten Spaziergang. Abends fand ein Kommerz mit Festrede, gehalten von Schulze-Coffeubaube, statt.

Löwenberg-Blagowik. 75 Verbandskollegen begingen die Feier des proletarischen Festtages durch allgemeine Arbeitsruhe.

Lübeck. Am Festzuge, der 6000 Teilnehmer umfaßte, nahmen alle Verbandsgenossen teil. Das mitgeführte Banner unserer Zahlstelle flatterte während des Festzuges gar lustig im Winde. Die Arbeitsruhe war allgemein.

Mainz. Zur Maiseier ruhte an allen Plätzen, wo der 1. Mai als Feiertag anerkannt ist, die Arbeit. Eine Ausnahme machte ein Marmorgeschäft; dieser Meister hatte sich bei Anerkennung des Tarifs ausgedungen, daß, wenn bringende Arbeit vorhanden sei, am Morgen gearbeitet werden müßte. Dieses wurde von der Lohnkommission angenommen, es arbeiteten die Kollegen mit dem tarifmäßigen Zuschlage von 50 Prozent, da der 1. Mai als Feiertag anerkannt ist. Bei dem Ausfluge nach Kothheim und in der Festversammlung abends in der Stadthalle, waren alle Kollegen anwesend; wir blickten auf einige froh verlebte Stunden zurück.

Mittweida. Wie früher, so ließen auch die Kollegen diesmal am 1. Mai die Arbeit ruhen. Ueber 100 Kollegen feierten. Die Firma Peterich sperrte einen Tag aus, die Aktiengesellschaft dagegen macht es nicht so billig. Diese ließ uns 2 Tage die Betriebe nicht betreten. Die Maßnahmen der Unternehmer wurden von den Kollegen mit größter Ruhe aufgenommen.

Mühlhausen i. Thür. Die Maiseier nahm hier einen sehr schönen Verlauf. Auch diesmal ruhte die Arbeit bei den Steinmetzen. Nachmittags war Konzert und abends Unterhaltung

unter Mitwirkung sämtlicher Arbeitervereine im Gewerkschaftshause.

Münster (Westfalen). Gern hätten unsere Verbandsmitglieder den 1. Mai gefeiert; dabei hier etliche christlich organisierte Schaffner, so hätten sich diese ins Häufchen gelacht, wenn wir auf's Pflaster geworfen worden wären.

Nürnberg. Die Maiseier hatte, trotzdem sich die beiden größten Werkstätten (Schudert und Klett) diesmal nicht daran beteiligten, einen sehr großen Zuspruch. Besonders stark beteiligten sich die Bauarbeiter. Fast sämtliche Bauten standen still. Die Steinarbeiter demonstrierten, soweit sie auf den Bauten in Betracht kamen. Jedoch die Werkstättenarbeiter mußten diesmal von der Feier noch mal Abstand nehmen. Die in drei großen Sälen einberufenen Vormittagsversammlungen waren überfüllt.

Offenbach a. M. Die Maiseier in Offenbach war gegen die Vorjahre eine ausnahmsweise starke. Die Steinmetzen beteiligten sich vollzählig an dem ganzen Festtag durch Arbeitsruhe, ebenso mittags an dem Demonstrationzug. Der Zug war durch die Aussperrung der Metallarbeiter um viele Hundert Personen vergrößert worden, ebenfalls wurde von Seiten der Maurer die Beteiligung trotz der angebrochten vier Tage Aussperrung beschlossen. 3—400 Maurer standen in Reih und Glied, alle Bauten lagen still. Der ganze Festzug belief sich auf 5—6000 Personen.

Osterholz. 65 Kollegen nahmen an der Maiseier teil. **Pirna a. G.** Schon seit sechs Jahren begehen die hiesigen Kollegen die Maiseier durch allgemeine Arbeitsruhe. Die Unternehmer fanden sich wohl oder übel mit dieser Tatsache ab und unterließen uns gegenüber jede Schikaniererei. Am Festzuge, der etwa 1400 Personen umfaßte, beteiligten sich rund 300 Kollegen.

Radolfzell. Wenn unsere Zahlstelle auch nur wenig Mitglieder zählt, so ließen wir es uns doch nicht nehmen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.

Rehan. Die beiden Unternehmer Herr Heinrich und Wolf gaben zur Maiseier einen halben Tag frei. Die 18 Verbandskollegen beteiligten sich an der Feier.

Reinheim (Odenwald). Sämtliche Beschäftigten ließen am 1. Mai die Arbeit ruhen. Die Festrede des Genossen Drabant wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Schmalbalden. Sämtliche Steinmetzen feierten; warum die Schleifer sich unserm Beschlusse nicht fügten, wollen wir weiter nicht untersuchen.

Schöna a. G. Die hiesigen Kollegen begingen die Maiseier im böhmischen Orte Konsdorf. Es kamen dort etwa 170 Kollegen mit den ortsanfässigen Genossen zusammen. Die Feier konnte als eine wirklich internationale im richtigen Sinne des Wortes betrachtet werden.

Schwarzenbach a. S. Zum ersten Male wurde in unserm kleinen Orte der 1. Mai würdig gefeiert. Die für vormittags 10 Uhr anberaumte Versammlung war von den Kollegen gut besucht. Referent war unser Reichstagskandidat Joseph Simon aus Nürnberg, der die Bedeutung des 1. Mai den Anwesenden in fesselnden Worten darlegte und dafür mit jubelndem Beifall belohnt wurde. Für nachmittags war ein Spaziergang nach dem nahegelegenen Orte Försbau anberaumt, an dem sich unsere Kollegen ebenfalls in ansehnlicher Zahl beteiligten; desgleichen war das Abendkonzert überfüllt.

Strigian. An der Maiseier beteiligten sich durch Arbeitsruhe in der gesamten Zahlstelle 480—500 Kollegen. Dieselben nahmen an Demonstrationen teil, sowie an der Versammlung teil. Die Feier nahm einen würdigen Verlauf trotz des provokatorischen Auftretens der Polizeibehörde. Letztere verbot dem Gastwirt eines „städtischen“ Ausflugslokals den Verkauf von Getränken und Speisen an die Festteilnehmer. Die Behörde kam mit ihrer unbedingten Maßnahme eigentlich zu spät; denn die Demonstrierenden hatten sich schon durch Speise und Trank gestärkt. Die Heiterkeit über die veranlaßte Polizeiverordnung war allgemein.

Ulm. Trotzdem es den Kollegen eines Platzes möglich gewesen wäre, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, konnten sich dieselben nicht dazu aufschwingen, sondern arbeiteten den ganzen Tag. Auch an der Abendfeier, welche vom Gewerkschaftskartell und der sozialdemokratischen Partei im Gasthaus zum Hohentwiel arrangiert war, beteiligten sich die hiesigen Steinhauer nur in ganz kleiner Zahl. Es wird da für die nächsten Jahre unbedingt eine Änderung eintreten, wenn die Ulmer Steinhauer nicht als ganz ineffizient gelten wollen. Mäher dem Vorsitzenden war es nur noch einem Kollegen vergönnt, den 1. Mai würdevoll durch Arbeitsruhe zu begehen und an allen Feierlichkeiten im Laufe des Tages teilzunehmen.

Wenig-Radwiz. Die Maiseier verlief imposant, es beteiligten sich daran 150 Steinarbeiter. Die Arbeitsruhe war allgemein.

Weslar a. d. L. Die 23 am Dombau beschäftigten Steinmetzen begingen den Weltfeiertag des Proletariats durch allgemeine Arbeitsruhe. Am Nachmittag unternahm unsere Kollegen mit den übrigen Genossen einen gut verlaufenden Spaziergang.

Wiesbaden. Ueber unsere Maiseier ist mitzuteilen, daß sie sehr traurig ausgefallen ist. Laut Versammlungsbeschlusse vom 12. April 1907 war angenommen worden, den ganzen Tag zu feiern (was laut Tarif zulässig ist). Es waren von 90 Organisierten 3 ganze Mann zur Stelle; sogar der ganze Vorstand arbeitete lieber, noch nicht einmal zur Abendversammlung waren die Kollegen erschienen. Durch diese Laune bei der Maiseier stellen sich die Wiesbadener Kollegen ja ein sehr nettes Zeugnis aus. Wir betonen, daß die dortigen Kollegen im Vorjahre durch den Verband eine sehr annehmbare Lohnzulage erreichten, aber nun scheint die Tatsache einzutreten, daß die Organisation so ziemlich überflüssig sei. Auf die Vorstandschafft wirkt diese Laune ein eigenartiges Licht.

Wolfschagen. Die Arbeitsruhe am 1. Mai war allgemein.

Schutzbrillen für Pflastersteinschläger und Steinstößer.

An die Unternehmer von Steinbruchbetrieben, in denen Pflastersteinschläger (Steintipper) oder Steinstößer (Kohboffierer) beschäftigt werden, erläßt die Sektion IV (Köln) soeben ein Rundschreiben. Das Rundschreiben lautet:

Die allgemeinen Unfallverhütungs-Vorschriften der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft für Steinbrüche und Gräbereien über Tage bestimmen in ihrem § 14:

„Bei solchen Arbeiten, welche ihrer Natur nach zu Augenverletzungen leicht Veranlassung geben können, insbesondere beim Zerklütern von Steinen zu Schotter (Steinschlag), bei Bearbeitung von Hartgesteinen zu Pflastersteinen, beim Schärfen von Mühlsteinen, sind von den Arbeitern zweckentsprechende Schutzbrillen zu tragen, welche der Unternehmer auf seine Kosten zu beschaffen hat.“

Bei Bearbeitung der Steine sind die Bosse, Stein-
schläger, Schrottschläger, Pflastersteinmacher
in genügender Entfernung voneinander
aufzustellen, so daß Arbeiter nicht durch
seitlich abspringende Steine vom Nachbar
her verletzt werden können. Wo der beschränkte
Arbeitsraum ausreichende Zwischenräume zwischen den
einzelnen Arbeitsplätzen nicht gestattet, sind die Arbeiter
durch geeignete Schutzwände (Bretter, Strohwände) vor
dem seitlichen Abspringen von Splintern und Steinstückchen
zu schützen.

Während die Schrottschläger (Schotter-
schläger, Stein-
schläger) jetzt — im Gegensatz zu früher — allgemein
Schutzbrillen oder Schutzmasken zu tragen pflegen, hat
die Erfahrung gelehrt, daß die Pflastersteinschläger (Kip-
per) und die Steinbohrer (Kohbohrer) vielfach, wenn auch
keineswegs überall, keine Augenschutzmittel verwenden.
In einzelnen Gegenden (vor allem im oberbergischen
Graubundebezirk) ist es sogar die Regel, daß diese Arbeiter
keine Schutzbrillen tragen. Hierauf ist es zurückzuführen,
daß sich in jedem Jahre beim Pflastersteinschlagen und
Steinstoßen zahlreiche Augenverletzungen ereignen, die
nicht nur die betroffenen Arbeiter schädigen, sondern auch
die Berufsgenossenschaft mit Rentenzahlungen, die oft
lebenslanglich zu leisten sind, erheblich belasten.

Von Seiten der beteiligten Arbeiter wurde als haupt-
sächlichster Grund für die Nichtbenutzung von Schutzbrillen
beim Pflastersteinschlagen und Steinstoßen angeführt, daß
die vorhandenen Schutzbrillen bei diesen Arbeitstätigkeiten
nicht zu gebrauchen seien. Infolgedessen haben unter
dankenswerter Mitwirkung des Königl. Gewerbeinspektors
Dr. Dentler (früher in Gummersbach, jetzt in Barmen),
eingehende Untersuchungen von mehrjähriger Dauer statt-
gefunden, die kürzlich abgeschlossen worden sind. Sie
haben zu einer Verbesserung der vom Sektionsvorstande
konstruierten Schutzbrille Nr. 18 geführt und im übrigen
folgendes ergeben:

1. Die in den Unfallverhütungs-Vorschriften geforderte
Benutzung von Schutzbrillen beim Pflastersteinschlagen
und Steinstoßen ist dringend erforderlich und bei einigem
guten Willen sehr wohl durchführbar. Dies gilt:

- für das eigentliche Pflastersteinschlagen, während
bei dem sogenannten Auschlagen (mit dem schweren
Hammer) wegen der hierbei erforderlichen starken
Bewegung des Körpers das Brillentragen nicht
wohl angängig ist,
- für das Herstellen der Keillöcher oder Pfahllöcher
durch die Steinbohrer.

2. Auf der Benutzung von Schutzbrillen bei den bezeich-
neten Arbeitstätigkeiten des Pflastersteinschlagens und
des Keillöcherbauens wird in der Folge mit allem Nachdruck
bestanden werden.

Zu widerhandelnde Arbeiter werden auf Grund der
Unfallverhütungs-Vorschriften unnachlässig mit Geld-
strafen belegt werden.

Das gleiche gilt für die Aufseher, wenn sie das Gebot
der Schutzbrillenbenutzung nicht streng durchführen oder
seine Befolgung nicht ausreichend überwachen. Selbstver-
ständlich machen sich in gleicher Weise die Betriebsunter-
nehmer strafbar, die selbst die Aufsicht führen oder sich an
der Leitung des Betriebes beteiligen.

Aber auch die Unternehmer, die nicht direkt an der
Leitung des Betriebes mitwirken, sind straffällig, wenn
sie den Pflastersteinschlagern und Steinbohrern keine Schutz-
brillen oder unzumutbare Schutzbrillen liefern, oder
wenn die Nichtbenutzung der Schutzbrillen mit ihrem Vor-
wissen geschehen ist, oder wenn sie bei der nach Lage der
Verhältnisse möglichen eignen Beaufsichtigung des Be-
triebes oder bei der Auswahl oder der Beaufsichtigung der
Betriebsleiter oder Aufsichtspersonen es an der erforder-
lichen Sorgfalt haben fehlen lassen.

Im Falle der Zuwiderhandlung können Arbeiter oder
Aufseher in jedem einzelnen Falle mit einer Geldstrafe
bis zu 6 Mk., Unternehmer mit einer Geldstrafe bis zu
1000 Mk. belegt oder mit ihrem Betriebe in eine höhere
Gefahrenklasse eingeschätzt werden.

Da manche Arbeiter eine Planglasbrille vorziehen, so
soll diese Schutzbrille bis auf weiteres nicht beanstandet
werden, wenn sie mit Seitenschutz versehen ist und die
Gläser hinreichend stark sind (mindestens 4 Millimeter).
Es ist aber darauf hinzuweisen, daß diese Brille keinen un-
bedingten Schutz gewährt, indem von unten seitlich unter
Umständen Stein- oder Stahlsplinter das Auge treffen
können.

Es wird den Betriebsunternehmern hiermit dringend
zur Pflicht gemacht, sofort die nach vorstehendem für ihren
Betrieb etwa erforderlichen Anordnungen zu treffen und
deren Befolgung zu überwachen.

Interessante Statistik des Bildhauer- verbandes.

Der Zentralverband der Bildhauer Deutschlands
hat vor einiger Zeit die Ergebnisse einer im Jahre 1905
veranstalteten berufsstatistischen Erhebung
veröffentlicht, die 84 Prozent aller deutschen Bildhauer
erfaßte, also den Anspruch auf relative Vollständigkeit
macht. Es wurden sowohl Werkstätten- als auch Personal-
fragebogen ausgegeben, von denen die ersteren weit voll-
ständiger benutzt wurden. Die Fragen erstreckten sich auf
die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Organisationen,
Familienstand, wöchentliche Arbeitszeit, Höhe und Art des
Arbeitsverdienstes (Zeit- oder Akkordlohn), Umfang und
Dauer der Arbeitslosigkeit, Lehrlingswesen usw. Wir
geben in folgendem die wichtigsten Ergebnisse der Er-
hebung wieder.

An der Statistik waren beteiligt 2535 Geschäfte mit
6830 Gehilfen und 1713 Lehrlingen. Von den Gesellen
entfielen 4418, also etwa 2/3, auf die Holzbranche, 1430
auf die Modellbranche und 982 auf die Stein-
branche. Es waren von ihnen organisiert: im Zentral-
verband deutscher Bildhauer 3975, in andern Verbänden
(Holzarbeiter, Tisch- und Dunderfächer) 304, zusammen also
4279 oder 63 Prozent, während 2551 keinem Verbände an-
gehörten. Dank der gemeinschaftlichen Bemühungen hat
die Arbeitszeit seit dem Jahre 1890, in welchem zum
erstenmal eine derartige Erhebung veranstaltet wurde,
eine nicht unwesentliche Verkürzung erfahren, wie aus

folgender Aufstellung ersichtlich. Es betrug die tägliche
durchschnittliche Arbeitsdauer in der

	1890	1905	Verkürzung
Holzbranche	10 St. 42 Min.	9 St. 16 Min.	1 St. 26 Min.
Modellbranche	10 " 20 "	8 " 18 "	1 " 44 "
Steinbranche	10 " 30 "	8 " — "	2 " 30 "

Die kürzeste Arbeitsdauer ist demnach in der Stein-
branche zu finden, wo sie angesichts der ungesunden Ar-
beitsbedingungen aber auch eine besondere Notwendigkeit
ist. Auch die Ueberzeitarbeit ist im Rückgange
begriffen. Es wurden Ueberstunden gezahlt: in der Holz-
branche 10 738, das ist pro Gesellen durchschnittlich 2,4, in
der Modellbranche 4415 (3,1) und in der Steinbranche 908
(0,9).

Der Arbeitslohn ist in den einzelnen Branchen
ein sehr verschiedenes hoher. Die weitaus überwiegende
Lohnform ist der Zeitlohn, nach dem 4829 Gesellen bezahlt
wurden, während 1671 im Akkord arbeiteten. In der
Holzbranche beträgt der wöchentliche Durchschnittsverdienst
für die Zeitlohnarbeiter 27.02 Mk., für die im Akkord
stehenden 24.53 Mk. Bedeutend höhere Löhne werden in
der Steinbranche gezahlt; hier verdient der Akkordarbeiter
im Wochendurchschnitt 46.59 Mk., der im Zeitlohn beschäf-
tigte 41.95 Mk. Etwa auf dem gleichen Lohnniveau steht
der Zeitlohnarbeiter in der Modellbranche mit 41.58 Mk.
Wochendurchschnitt, während eine kleine Zahl Akkord-
arbeiter (80) es hier auf einen Durchschnittsverdienst von
71.91 Mk. gebracht haben.

Ziemlich groß ist die Arbeitslosigkeit, durch
die auch der Jahresverdienst nicht unbedeutend unter das
entsprechende Vielfache des Wochenverdienstes herab-
gedrückt wird. Es waren im Jahre 1905 im ganzen
2413 Bildhauer = 35,3 Proz. der an der Statistik Be-
teiligten oder 29,5 Prozent der Berufsgenossen zusammen
126 346 Tage arbeitslos, d. i. im Durchschnitt pro Person
52,4 Tage. Im Gegensatz zu dem sonstigen Wilde des
Arbeitsmarktes war die Arbeitslosigkeit in der Bildhauer-
branche im Jahre 1905 größer als im Jahre 1900.

„Christliche“ Agitationsweise.

(Du sollst nicht falsch Zeugnis
reden wider deinen Nächsten.)

Im Verlaufe leisten die „christlichen“ Organisierten
gegenüber den Sozials Bewunderungswürdiges. In den
letzten Monaten haben nun etliche „schwarze“ Wahrheits-
apostel geradezu schmachvolle Niederlagen bezüglich ihrer
Verleumdungsjuch erlitten. Heute können wir die Wahr-
heitsliebe eines christlichen Vertrauensmannes wieder
richtig an den Pranger stellen.

Ein gewisser Viktor Spieker, Vorsitzender des christ-
lichen Brauereiarbeiterverbandes, und sein Gesinnungs-
genosse Karl North verdächtigen unsern Genossen
Tray, er hätte 1897 in Schillingheim Streikgelder unter-
schlagen.

Tray brachte die „Christlichen“ vor Gericht, um sie
ihre Behauptungen beweisen zu lassen. Bei der Verhand-
lung, die kürzlich stattfand, wurde festgestellt, daß der
Privatkläger Tray überhaupt keine Streik-
gelder in die Hand bekommen habe, folgedessen
auch keine solche unterschlagen haben konnte. Den Wahr-
heitsbeweis konnten die Angeklagten in
keiner Richtung bringen, trotzdem sie monate-
lang auf der Suche waren, der Termin wurde schon einmal
verschoben, und da es dem Privatkläger nicht darum zu
tun war, daß die Angeklagten unbedingt bestraft wurden,
wurde folgender Vergleich geschlossen:

Die Angeklagten, Brauereiarbeiter Viktor Spieker
und Karl North in Königshofen (beide christlich organi-
siert), erklären, daß sie die ihnen mitgeteilten beleid-
igenden Äußerungen, wonach der Privatkläger im
Jahre 1897 aus der Streikkasse der Brauereiarbeiter
der Brauerei Hoffnung Geld unterschlagen habe — von
deren Unhaltbarkeit sie sich überzeugt
haben — nicht aufrecht erhalten können,
dieselben mit dem Ausdrucke des Be-
dauerns zurücknehmen und die Kosten des Ver-
fahrens übernehmen.

Dem Privatkläger wird die Berechtigung zuge-
sprochen, diesen Vergleich je einmal binnen einer Woche
im Kläffer und der Freien Presse auf Kosten der An-
geklagten veröffentlichen zu lassen.

Da wäre wieder einmal eine christlich-undchristliche Ver-
leumdung bloßgestellt.

Aus dem Lande der vollendetsten Rechtsgarantien!

Ein alter, vom Ministertische herab verkündeter Rechts-
grundsatz in Preußen-Deutschland besagt: „Wenn zwei dasselbe
tun, so ist es nicht dasselbe.“ Eine Folge dieses wunderlichen
Rechtsgrundsatzes ist es daher auch, daß der eine von den zweien,
die dasselbe tun, ohne daß es am Richtertische als dasselbe be-
trachtet wird, in der Regel streifrei ausgeht, während der andre
in den Maschen des Strafgesetzes hängen bleibt. Diese Beob-
achtungen kann man sehr häufig machen, und die sozialdemokrati-
schen Abgeordneten Heine-Berlin und Dr. Frank-Mannheim
haben ja kürzlich im Reichstage Gelegenheit genommen, dieses
zweierlei Recht, welches sich namentlich in der Koalitions-
und Streikrechtssprechung gegenüber den Arbeitern einerseits und den
Arbeitgebern andererseits eingebürgert hat, gebührend an den
Pranger zu stellen. Obwohl der Abgeordnete Heine vorher dem
Staatssekretär des Reichsjustizamts die einzelnen Fälle, die er
in seiner Anklagerede gegen die Massenjustiz als Beweismittel
anführen wollte, mitgeteilt und ihm auch Gelegenheit gegeben
hatte, sich die Akten zu beschaffen, vermochte der Staatssekretär
nichts gegen die furchtbaren Anklagen Heines vorzubringen. Es
konnte aber auch nichts gegen die Anklagen Heines vorgebracht
werden. Die Rede des Genossen Heine haben wir ja in der
Nr. 17 des Steinarbeiters bekannt gegeben.

Inzwischen hat unsre Rechtsprechung schon wieder neues
Anklagematerial zusammengetragen.

Die Soziale Praxis berichtet in ihrer Nr. 30, vom 25.
April 1907, über zwei Fälle von Rechtsprechung, welche eben-
falls das Koalitionsrecht betreffen, und in welchen das zweierlei
Recht, welches heute in Deutschland gesprochen wird, in einer so
gellen Weise illustriert wird, daß jeden Freund der Gerechtigkeit
die hellste Empörung erfassen muß.

Wir lassen die beiden, so wie sie von der Sozialen Praxis
veröffentlicht werden, hier folgen, und unsre Leser mögen dann
Betrachtungen anstellen darüber, wie wohl die Rechtsprechung

in Deutschland sein würde, wenn dies nicht das Land der voll-
endetsten Rechtsgarantien wäre.

Die Soziale Praxis schreibt:

„Die ärztliche Presse berichtet über folgende Rechtsgänge:
Im Kampfe der Ärzte Mülheims a. Rh. gegen die Kranken-
kassen hatte Dr. S. seine gegen eine Konventionalstrafe von
3000 Mark gegebene Verpflichtung gegen die Leipziger Ärzte-
gewerkschaft gebrochen. Der Leipziger Verband klagte die Kon-
ventionalstrafe ein und legte, als er vom Landgericht Köln ab-
gewiesen war, beim Oberlandesgericht Köln Berufung ein. Der
9. Zivilsenat hat am 28. Februar d. J. die Berufung anerkannt,
und zwar mit folgender Begründung:

Auf die erste Einrede des Beklagten, der Vertrag enthalte
einen Koalitionszwang, wie er durch § 153 Gewerbeordnung
unter Strafe gestellt sei; man habe ihn, Beklagten, boykottieren
wollen und ihn durch Drohungen und Verursachung zur Ein-
gung des Vertrags gezwungen, — erwidert das Oberlandes-
gericht: Dem Beklagten sei lediglich vorgehalten, aber nicht ge-
droht worden, daß er von der Krankenkassenparaz ausgeschlossen
werde, wenn er sich der Bewegung nicht anschließe. Es sollten
nämlich, wenn die Ärzte mit ihren Forderungen durchdrängen,
Verträge mit den Krankenkassen abgeschlossen werden, auf Grund
deren die Mitglieder der letzteren im Falle der Erkrankung sich
an einen derjenigen Ärzte wenden konnten, die sich der Be-
wegung angeschlossen hätten. Diese Vorhaltung sei keine
Drohung, sondern ein wohlgemeinter Rat.

Auf die zweite Einrede: Der Vertrag verstoße gegen die
guten Sitten, weil er, Beklagter, dadurch brot- und existenzlos
gemacht werde, bemerkt das Oberlandesgericht: Von einer Un-
sittlichkeit des Vertrags kann nur dann die Rede sein, wenn es
in der Absicht des Klägers gelegen hat, den Beklagten brotlos
zu machen. Davon kann aber keine Rede sein.

Dritte Einrede: Der Vertrag verstoße gegen die allgemeine
Standesethik, weil es ihm, dem Beklagten, dadurch unmöglich
gemacht werde, seiner gesetzlichen Pflicht hinsichtlich der Behand-
lung erkrankter Arbeiter nachzukommen. Das Oberlandes-
gericht: Kläger hat nie daran gedacht und bezweckt, den Be-
klagten von der Behandlung erkrankter Arbeiter abzuhalten,
sondern nur angestrebt, die Krankenkassen zu veranlassen, freie
Arztwahl und bessere Zahlung zuzubilligen.

Vierte Einrede: Nach § 153, Abs. 2 Gewerbeordnung in
Verbindung mit § 344 Bürgerliches Gesetzbuch sei die Forderung
der Vertragsstrafe wegen Rücktritts vom Vertrage unzulässig,
weil derselbe eine Verabredung von Gewerbetreibenden zur Er-
langung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen zum Gegen-
stand habe. Das Oberlandesgericht: Der Beklagte geht bei seiner
Einrede von der unrichtigen Auffassung aus, die allerdings von
dem Reichsgerichte und Kammergerichte geteilt worden ist, daß
Ärzte Gewerbetreibende seien. Das trifft nicht zu. Es er-
gibt sich dies insbesondere aus der früheren Fassung des § 6
Gewerbeordnung, die lautete: „Das gegenwärtige Gesetz findet
keine Anwendung auf Ausübung der Heilkunde“. Die heutige
Fassung des § 6 Gewerbeordnung ist aber lediglich aus redak-
tionellen Gründen gewählt worden und enthält materiell keine
Änderung.

Fünfte Einrede: Der Erfolg, der mit dem Abschluß des Ver-
trags bezweckt war, nämlich freie Arztwahl bei den Kranken-
kassen durchzuführen, sei nicht erreicht worden. Da es mithin
an einer wesentlichen Voraussetzung des Vertragszwecks mangle,
habe er das Recht zum Rücktritt vom Vertrage. Das Ober-
landesgericht: Die Durchführung der freien Arztwahl war Ver-
weigerung, aber nicht Zweck des Vertrags. Zudem lag zurzeit,
als Beklagter vom Vertrage zurückgetreten ist, noch immer die
Möglichkeit vor, daß die freie Arztwahl erreicht würde.

Mit diesem feinfühligem Verständnis des Gerichts für die
lauteren Motive der Ärztegwerkschaft im Kampfe um die Ver-
zinsungsinteressen vergleiche man einen Prozeß gegen organisierte
Metallarbeiter, über den die Deutsche Metallarbeiterzeitung
folgendes berichtet: „Die Düsseldorf-Gießereien hatten eine Ver-
einbarung getroffen, wonach sie Former, die sich aus irgend-
einem Grunde bei ihnen mißlieblich gemacht hatten, nicht ein-
stellen wollten. Um die Aufhebung dieses Zustands herbeizu-
führen, war im Herbst 1906 über mehrere Gießereien in der
Umgebung der Stadt die Sperre verhängt worden. Eine Be-
sprechung der Arbeiter des Betriebs von S. bei Düsseldorf be-
schäftigte sich mit der Sperre, weil der Firmeninhaber verlangt
hatte, daß die Former und Kernmacher Ueberstunden machen
sollten, da sich infolge der Sperre die Arbeit gehäuft hatte. In
dieser Besprechung nahm der Branchenleiter der Former, Dons-
bach aus Düsseldorf, teil. Er empfahl den Arbeitern eine ge-
heime Abstimmung über die Frage, Verweigerung der Ueber-
arbeit, vorzunehmen. Vor der Abstimmung gab Donsbach fol-
gende Erklärung ab: „Ueberlege sich jeder gut, wie er abstimmt.
Wenn beschlossen wird, daß keine Ueberstunden gemacht werden
sollen, dann muß der Beschluß auch gehalten werden. Wer dann
nachher trotz des Beschlusses noch Ueberstunden macht, der gilt
als Sperrbrecher. Er wird aus dem Verband ausgeschlossen
und, wie alle Ausgeschlossenen, in der Metallarbeiterzeitung ver-
öffentlicht.“ Ein Verräter unter den Arbeitern hinterbrachte
dem Fabrikanten S. die Äußerungen und jener denunzierte den
Former Donsbach bei der Staatsanwaltschaft. Diese erhob auf
Grund des § 153 Gewerbeordnung Anklage gegen Donsbach.
Der Amtsanwalt beantragte zwei Monate, weil gegen die „ge-
meingefährlichen Bestrebungen des Metallarbeiterverbandes
und des Angeklagten“ energig vorgegangen werden müsse. Das Ur-
teil lautete auf einen Monat Gefängnis.

Was bei der Ärztegwerkschaft keine Drohung, sondern ein
„wohlgemeinter Rat“ ist, dessen Nichtbefolgung den Abtrünnigen
ums Brot bringt und der Ärztegwerkschaft 3000 Mark ein-
trägt, das ist bei den Metallarbeitern „gemeingefährlicher Terro-
rismus“, der zwar in diesem Falle niemandem wehtat, dennoch
aber dem Gewerkschaftsleiter einen Monat Gefängnis ver-
schaffte.“

Als im Vorjahre unser Redakteur Staudinger mit
Herrn Schall in Breslau unterhandelte, soll Staudinger die
Nebewendung gebraucht haben: „Wenn Sie den Kollegen S.,
der wegen Ausübung des Koalitionsrechts entlassen wurde, nicht
wieder einstellen, dann müßten schließlich „Gegenmaßregeln“ in
Erwägung gezogen werden“; da wurde Staudinger wegen ber-
suchter — Erpressung zu 4 Wochen Gefängnis ver-
urteilt, nebenbei gab es noch 14 Tage wegen Beleidigung.

Wie eigenartig nimmt sich dagegen die Rechtsprechung des
9. Zivilsenats vom Kölner Oberlandesgericht aus.

An die Schriftführer und Mitarbeiter des Fachblattes.

- Beschreibe das Papier bloß auf einer Seite. Die Schrift-
zeilen sind weit auseinander zu halten.
- Sende den Versammlungsbericht am Tage nach der Ver-
sammlung schon an die Redaktion ein, schreibe aber, sobald es
sich um Kritiken handelt, nur dasjenige, was vor Gericht jeder-
zeit bewiesen werden kann.
- Wird ein gediegenes Referat gehalten, dann kann der
Bericht in der Fachzeitung auch etwas ausführlicher sein.
- Wird ein Tarif abgeschlossen, so sind die wichtigsten Be-
stimmungen im Fachblatt zu publizieren; insbesondere ist in
Zahlen auszudrücken, welche Lohnzulage erreicht wurde.
- Ueber Gewerbegerichtsentscheidungen, die unsre Berufs-
genossen interessieren, ist schnellstens an die Redaktion zu be-
richten.
- Hat ein Kollege das Zeug, selbständige Artikel zu schrei-
ben, so fasse er sich kurz und bündig, jede unnötige Einleitung
ist wegzulassen. Ein Artikel, der mehr als 10—15 Seiten im
Manuskript oder zwei Spalten in der Zeitung enthält, wird von
den Mitgliedern nicht mehr mit dem nötigen Interesse gelesen.